

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Ml.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengepostete Poststelle oder deren Raum 150 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58.

Donnerstag, den 10. März 1921.

28. Jahrgang.

Was weiter?

S. K. Die Franzosen haben den Abbruch der Londoner Verhandlungen erzwungen. Die französische Bourgeoisie hat sich einreden lassen, daß der Boche alles bezahlen wird, und da der Boche nun nicht alles bezahlen kann, ist jede französische Regierung die Gefangene der eigenen nationalistischen Lüge. Wenn Briand nicht die volle Milliardenzahl heimbrachte, wurde er gestürzt, und Poincaré trat an seine Stelle. So bestand er auf seinem Schein, und da die Deutschen nichts versprechen wollten, was sie schon beim ersten Zahlungstermin nicht leisten konnten, rettete er wenigstens die Illusion, daß unter dem Druck der Sanktionen mehr aus Deutschland herauszuholen wäre. Die anderen Alliierten waren des Widerstandes gegen das Drängen zum militärischen Einmarsch müde. Es lohnte ihnen wohl auch nicht, es Deutschland zu Liebe auf eine starke Verstärkung Frankreichs ankommen zu lassen. Die französischen Truppen konnten schließlich in jedem Falle marschieren, auch wenn Engländer und Italiener nicht wollten, und so hat Lloyd Georges lieber mitgemacht, was er ohnedies nicht verhindern konnte, als sich abseits gestellt.

Wahrscheinlich hätte diese Sachlage unter allen Umständen in London zum Bruch geführt. Dr. Simons hat auf dieser Konferenz erneut gezeigt, daß er ein guter Mensch aber furchtbar schlechter Musikant ist. Wenn er den Plan gehabt hätte, der demagogischen Hehe Lloyd Georges gegen Deutschland die bequemsten Schlagworte zu liefern, hätte er nicht anders seine Vorschläge formulieren und vortragen können, als er es getan hat. Auch sein Seckel in Feldgrau hat Deutschlands Lage nicht verbessert, wie überhaupt die eingetretene Katastrophe von der Politik der bürgerlichen Reichsregierung, der Duldsamkeit gegen die bayerischen Einwohnerwehren und der Fügigkeit unter die Gebote von Simons nicht zu trennen ist. Über trotz alledem: die ehrlichste demokratische Regierung mit reinsten Friedensliebe und der geschicktesten Unterhändler wären von den Alliierten auch mißhandelt worden, und wahrscheinlich hätte niemand eine Verständigung zustande bringen können, welche sowohl den französischen Illusionen wie der deutschen Leistungsfähigkeit gerecht wurde.

Was soll nun weiter geschehen? Die nationalistische Presse scheint überzeugt zu sein, daß man sich eine solche Frage garnicht vorlegen dürfe. Sie erinnert an den alten Vers:

Der eine fragt: Was kommt danach?
Der andere: Was ist recht?
Und also unterscheiden sich
Der Freie von dem Knecht.

• Ganz schön und gut! Aber leider ist Deutschland gegenwärtig nicht frei, sondern verknechtet. So ist das seit Erschaffung der Welt allen Völkern gegangen, die einen großen Krieg verloren haben. Früher mochte die Sklaverei brutale Formen haben, im Wesen der Sache hat sich nicht viel geändert. Höchstens daß ein ganzes Fuder Heuchelei hinzugekommen ist. Denn selbstverständlich heudet der siegreiche Engländer den besiegten Deutschen nicht aus, er läßt ihn nicht einmal die Kosten zahlen, er sorgt nur dafür, daß dieser besiegte Kriegsanstifter und Missetäter nicht besser lebt als der arme überfallene Engländer, der für die Freiheit der Welt sein Leben und seine Ruhe heldenhaft in die Schanze geschlagen hat. Wahrscheinlich glauben das die Engländer ihrem Lloyd Georges und sind fest überzeugt, daß aus ihnen die Stimme Gottes spricht, wenn sie schreien. Die Deutschen sollen zahlen.

Der verständige Politiker kann sich jedenfalls der Frage nicht entziehen, wie diese Aktion weiter gehen soll. Die Alliierten haben Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt und richten eine neue Zollsperre auf, die das Rheinland vom übrigen Deutschland trennt. Auch sollen alle deutschen Exportwaren einer 50prozentigen Abgabe zugunsten der alliierten Staatskassen unterworfen werden. Alle diese Maßnahmen bedeuten eine schwere Bedrückung Deutschlands. Das ganze System ähnelt in erheblichem Umfang der von unseren Feinden während des Krieges so teuflisch geschickt organisierten Hungerblockade. Die deutsche Schuld wird infolge der neuen Militärausgaben der Entente immer größer, mit Zins und Zinseszins immer unerschwinglicher werden. Die Lage der breiten Volksmassen in Deutschland wird sich unzweifelhaft in kurzer Frist noch ungünstiger gestalten, als sie schon ohnedies war. Vielleicht begreift dann das deutsche Volk, daß es nicht Verrat und nicht Internationalitätsdusel war, der die Sozialdemokratie veranlaßt hat, gegenüber den Entendrohungen und Erpressungen immer wieder nachzugeben. Vielleicht spüren die Massen der deutschnationalen Wähler schon in kurzer Zeit, wie fütal deren ewiges Geschrei gewesen ist, es einmal darauf ankommen zu lassen, wie wenig Deutschland dabei zu gewinnen hat.

Aber auf der anderen Seite wird Deutschland umso zahlungsunfähiger, je mehr es von der Entente gequält wird. Geld besitzt Deutschland schon lange nicht mehr, um zu zahlen; auch sein Kredit ist sehr zweifelhafter Art geworden. Nur seine Arbeitskraft und seine Produktionsinstrumente hätte es sich über Krieg und Niederlage zum guten Teil hinübergerechnet, und mit deren Hilfe hätte es allmählich arabe

Zahlungen auch an die Sieger leisten können. Aber diese haben es vorgezogen, Unerfüllbares zu verlangen, und mit jedem Schritt, den sie tiefer ins deutsche Gebiet tun, machen sie Deutschland arbeitsunfähiger.

So kann weder für Deutschland noch für die Entente bei dem bravurösen Spaziergang des Marshalls Foch irgend etwas Vernünftiges herauskommen. Die Alliierten werden in der Welt durch ihre Brutalität gegen den besiegten Feind mit dem man doch Frieden geschlossen hat, schwerlich Freunde gewinnen; aber sie werden ganz sicher nicht zu rascherem Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete und zu kräftigerer Entlastung ihres Budgets gelangen. Und wenn sie selbst

Deutschland unter den größten Martern irgendeine Unterschrift abpreßten, sie wäre unter allen Umständen weniger wert und würde ihnen weniger tatsächliche Leistungen bringen, als Deutschland unter Anspannung seiner ganzen Kraft freiwillig herzugeben sich erboten hatte. Franzosen und Deutsche mußten wohl einmal diese Erfahrung machen, damit das wahnsinnige Geschrei der Deutschnationalen hier und der Chauvinisten drüben künftig aufhört. Aber je rascher die Völker zur Vernunft zurückkehren und sich wieder an den Verhandlungstisch setzen, umso besser für sie alle zusammen. Die Gewalt kann nur zerstören; Wiederaufbauen kann lediglich die Vernunft.

Wird weiter verhandelt?

Simons Empfang in Deutschland.

Reichsminister Dr. Simons ist am Mittwoch in Berlin eingetroffen, wo ihm, wie auf der Durchreise in Eschfeld, ein begeisteter Empfang bereitet wurde. Auf dem Potsdamer Bahnhof hielt der Minister eine kurze Ansprache an den Reichstanzler, in der er sagte: „Herr Reichstanzler! Wir haben in London getan, was wir konnten. Jetzt sind wir hier, um der Reichsregierung Rechenschaft über unser Tun abzulegen.“ Der Reichstanzler erwiderte: „Herr Minister! Das weiß ich. Sie genießen unser vollstes Vertrauen.“ Schon eine Stunde vor der Ankunft des Zuges hatte sich eine große Schar jugendlicher eingefunden, die der Sicherheitspolizei viel zu schaffen machte. Gegen 7 Uhr wuchs die Menge zu mehreren tausend Personen an, die den Reichsaußenminister stürmisch mit Bravo und Hochrufen empfingen. Von der Reichsregierung war der Reichstanzler angewandt. Die Sipo mußte sich sowohl des Reichstanzlers wie des Außenministers annehmen, denn die Masse drängte so sehr auf Simons ein — um ihn zu begrüßen — daß der Gruß bald zur Lebensgefahr wurde.

Die Reise des Außenministers durch Deutschland glich in zahlreichen Städten einem Triumphzug. Wir können Herrn Simons, dessen fleißige und ehrliche Persönlichkeit überall geschätzt wird, die Genugtuung, daß ihn das Volk das Scheitern der Londoner Konferenz nicht persönlich entgelten läßt, nur zuerkennen. Als erfahrener Politiker wird er sich selbst aber auch klar darüber sein, daß sein Verbleiben auf dem Ministerstuhl von anderen Faktoren abhängig ist, als von dem Jubelruf einer mit Begeisterung zusammengeströmten Volksmenge. Die Stellung des Außenministers ist aus Gründen, auf die die nächsten Tage ein klares Licht werfen werden, erschütterter. Die Entente aber sollte aus den Rundgebungen begreifen lernen, daß die Deutschen geneigt sind, jeden Ausweg lieber zu begrüßen als die dauernden Bedrohungen. Wenn diese Stimmungsmäßige Beurteilung, die sich niemand von uns zu eigen macht, mehr und mehr die nationalistische Strömung stärkt, so tragen Lloyd George und Briand die Schuld.

Vor seiner Abreise aus London erklärte Dr. Simons, einem Vertreter der „Daily News“, daß das deutsche Angebot, ein Provisorium von fünf Jahren, von den verschiedenen alliierten Regierungen angeraten worden war. Gegen die Anwendung der Sanktionen, die gegen den Friedensvertrag und gegen das Völkerrecht verstoßen, werde die deutsche Regierung die Intervention des Völkerbundes anrufen. Deutschland sei durchaus bereit, Einblick in seine wirtschaftliche Entwicklung zu gewähren und die ihm alsdann vorgeschlagene Zahlungsweise prüfen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich der deutsche General v. Seekt von einer Seite, die sonst unter Gebildeten nicht am Platze ist. Er wurde von alliierten Journalisten gefragt: „Sind Sie, Herr General, von Ihrem Aufenthalt in London befriedigt?“ „Nein“, antwortete Seekt und drehte den Trägern den Rücken.

Zusammentritt des Reichskabinetts.

Das Reichskabinet tritt heute vormittag 9^{1/2} Uhr zusammen, um den Bericht des Ministers Dr. Simons über die Londoner Verhandlungen entgegenzunehmen. Der auswärtige Ausschub des Reichstages versammelt sich nachmittags um 4 Uhr.

Die Beratungen in London.

Offiziell wird mitgeteilt, daß auf der gestrigen Sitzung von den Leitern der alliierten Delegation die Einzelheiten über die Durchführung der Sanktionen in Deutschland geregelt wurde. Man kam überein, daß die Sanktionen nur dann rückgängig gemacht werden sollen, wenn eine befriedigende Lösung in der Frage der Schadenersatzleistung und der Bestrafung der Kriegsschuldigen gegeben wird. Daneben wurde die türkische Frage besprochen. In der Nachmittagsitzung erklärte Briand, daß die französische Regierung nicht beabsichtige, die deutschen Provinzen am Rhein dauernd zu besetzen oder einzunehmen. (Wie gültig!) Frankreichs Absicht sei einzig und allein die Sicherung der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. — Über die Erhebung einer Abgabe auf alle deutschen Waren wird Lloyd George unverzüglich ein Gesetz einbringen, ebenso will Briand dem französischen Parlament sofort nach seiner Rückkehr eine ähnliche Vorlage unterbreiten. Die belgische Abordnung wurde von Lloyd George eingeladen, ihre Abreise zu verschieben, um der Sitzung beiwohnen zu können, auch die militärischen Sachverständigen wurden aufgefordert, sich zur Verfügung des Obersten Rates zu halten.

Zuversicht auf neue Verhandlungen.

Wie aus London berichtet wird, erklärte der deutsche Botschaftsrat Dreßler Zeitungsvertretern: „Sie werden sehen, meine Herren, daß in kurzer Zeit neue Versuche gemacht werden, um die Besprechungen wieder aufzunehmen, wenn nicht im Ruhrgebiet Unruhen entstehen. Eine freundschaftliche Lösung, selbst nach Anwendung der Zwangsmassnahmen durch ein oder zwei Wochen hindurch, ist der Gewalt vorzuziehen. Deutschland selbst ist nicht in der Lage, Widerstand zu leisten. Vor der Volksabstimmung in Oberschlesien kann Deutschland keinerlei Angebote machen. Wir haben die größte Hoffnung, daß die Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens sich zugunsten Deutschlands aussprechen wird. Man darf auf keine überwältigende Mehrheit rechnen, doch glaube ich, daß 65 Prozent ihre Stimmen Deutschland geben werden. Dies würde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erhöhen, da Oberschlesien an Kohlen und Erzen reich ist.“

Der Londoner Berichterstatter des „Intransigent“ telegraphiert: Wenn Deutschland neue annehmbare Vorschläge machen wolle, so werde man die deutsche Regierung nach London oder Paris einladen, um zu neuen Verhandlungen und damit vielleicht zu einem Abkommen zu gelangen.

Die Maßnahmen im besetzten Gebiet.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat zwei neue Verordnungen erlassen, die sofort in Kraft treten. Nach der ersten Verordnung tritt die Telephon- und Telegraphenjur durch die Besetzungsbehörden während eines Zeitraums von 8 Tagen, der immer wieder um dieselbe Zeit verlängert werden kann, in Kraft. Ebenso werden die Nachrichten, die sich auf Bewegungen der Truppen beziehen, unter diese Zensur gestellt. Die zweite Verordnung bestimmt, daß die an der deutschen Westgrenze erhobenen Zölle beschlagnahmt werden. Weitere Verfügungen hat sich die Interalliierte Rheinlandkommission vorbehalten. Bis auf weiteres werden die bisherigen Zollsätze erhoben. Die Zollverwaltung, die der deutschen Ein- und Ausfuhr dient, und der Dienst zur Verhütung der Kapitalsflucht, der in dem besetzten Gebiete eingerichtet ist, wird der Interalliierten Rheinlandkommission unterstellt.

Nachrichten aus Koblenz besagen, daß die Erhebung der Zölle zugunsten der Alliierten bereits begonnen hat.

Die Verladung der Kohle im Ruhrort unterliegt seit Dienstag vormittag der Kontrolle der alliierten Offiziere. Das Kohlenengebiet ist von einzelnen französischen Infanterie und Maschinengewehrabteilungen besetzt. — Hamborn ist von belgischen Truppen besetzt. Der Kohlenhafen der August-Thal-Hütte in Sivegnen wurde ebenfalls besetzt.

Die ersten wirtschaftlichen Folgen.

Nach der „Köln. Zig.“ ist bei einem großen Werk des besetzten Gebietes bereits im Hinblick auf die kommende Zollabschließung ein Indultreisantrag im Werte von 60 Millionen Mark rückgängig gemacht worden. Die Folgen für die Arbeiter und die Gesamtbevölkerung sind klar.

Warnende Stimme.

Zum Schluß der Londoner Reparationskonferenz schreibt „Manchester Guardian“, Lloyd George habe einen Weg eingeschlagen, der in direktem Widerspruch zu den nationalen Interessen Englands stehe, und der einen offensichtlichen Bruch des Friedensvertrages bedeute. Der Friedensvertrag berechtige nicht zur Anwendung dieser Strafmaßnahmen. „Westminster Gazette“ schreibt, die Regelung der Reparationsfrage erscheine weiter entfernt als je zuvor. „Star“ schreibt, mit dem ersten Schritt des ersten Soldaten beginne die Öffnung einer neuen Kriegsschuld und die Schaffung einer neuen Gefahr. „Evening Standard“ schreibt, die Besetzung von drei rheinischen Städten werde für die Entente kein Wunder vollbringen.

England wird dies bald am eigenen Leibe verspüren, wie die offizielle Statistik seiner Ein- und Ausfuhr im Februar beweist. Die Ausfuhr beläuft sich auf 68 221 731 Pfd. Sterl. (Verminderung um 24 534 363 gegenüber Januar). Die Einfuhr erreichte im Februar: 96 978 710 Pfd. Sterl. (um 20 077 172 weniger als im Januar). Die Kohlenausfuhr hat stark abgenommen: von 5 555 781 Pfd. Sterl. im Januar 1921 und 9 693 712 Pfd. Sterl. im Februar 1920 auf 4 240 621 Pfd. Sterl. im Februar 1921. — Wie wird die Ausfuhr erst abnehmen, wenn Deutschland nicht mehr kaufen kann!

Massenprotest gegen die Besetzung.

In Essen wurde am Mittwoch eine Versammlung von 15 000 Angehörigen folgender Verbände abgehalten: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellte und Beamte der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. Die Versammlung erhob gegen den Einmarsch der Alliierten Protest und billigte den Entschluß der deutschen Regierung, nichts zu unterzeichnen, was über die Kräfte des deutschen Volkes geht. Die Versammelten sind nicht gewillt, auf ihre ureigensten Menschenrechte zu verzichten und werden diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen wissen. Den Volksgenossen in den besetzten Gebieten gilt ein warmes Gebeten.

Branting über die Weltreise.

Zum Abbruch der Londoner Verhandlungen und zur Durchführung der Strafbestimmungen schreibt Branting im „Sozialdemokraten“ unter der Überschrift „Eine Politik des Irrsinn“: Nun soll Marshall Koch das deutsche Volk davon überzeugen, daß es bei gutem Willen in einigen Jahren 5 bis 7 Milliarden Goldmark jährlich bezahlen kann bis zur Zeit unserer Entel, ohne dabei selbst auf das Niveau eines verarmten Knechtvolkes herabzusinken, und ohne daß die unerhörte Sinnflut deutscher Produkte auch diejenigen Länder, welche dieselbe aufnehmen müssen, zu bisher nicht dagewesenen wirtschaftlichen Katastrophen treibt.

Die Deutsch-Schweizerische Presse

gibt allgemein zu, daß die deutschen Vorschläge den Alliierten weit entgegenstehen und bedauert die Durchführung der Zwangsmassnahmen, deren Erfolg stark bezweifelt wird. Das „Berliner Tagblatt“ erklärt: Die Besetzung weiterer deutscher Gebiete ist der Beginn eines neuen Krieges, der zwar nicht offen, sondern als schleichende Sabotage geführt wird. Dieser Krieg geht von jenen Politikern aus, die im Völkerverbund das große Wort führen, und deren Lippen von Völkerveröhnung und Frieden tröpfen. Es ist das selbe Frankreich, das Verträge, die es mit der Schweiz schloß, einfach ausstreicht, wenn sie ihm nicht mehr behagen. Diese Tatsachen werden in der Schweiz vielen die Augen öffnen.

Proteste französischer Kommunisten.

In der „Humanité“ wird eine in der Sitzung des Parteivorstandes der kommunistischen Partei gefasste Resolution veröffentlicht. Hiernach soll in der „Humanité“, in der Kammer und in öffentlichen Versammlungen eine energische Propaganda zum Protest gegen die Kriegsgefahr entfaltet werden. Ein Komitee der Wachsamkeit soll aus der Parteivereinigung, den Gewerkschaften und revolutionären Organisationen gebildet werden. Außerdem wurde beschlossen, in kürzester Zeit eine internationale Konferenz einzuberufen, um ein gemeinsames Vorgehen des deutschen, französischen, englischen und italienischen Proletariats herbeizuführen.

Die Haltung Amerikas.

Millerand hat an Harding ein Telegramm gerichtet, in dem er seinen Regierungsantritt begrüßt und aufrichtige Wünsche für das Gedeihen der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringt. Millerand erinnert daran, daß die ruhmreiche Vergangenheit die beiden Länder für immer verbindet und weist darauf hin, daß ihre Interessen den beiden Nationen befehlen, einander zu unterstützen. Präsident Harding versichert Millerand in seiner Antwort der unabänderlichen Freundschaft Amerikas für Frankreich und spricht seine Wünsche aus für eine noch engere Gestaltung der historischen Freundschaftsbände, die Frankreich und die Vereinigten Staaten verbinden.

Harding hat beschlossen, sieben Mitglieder seiner Regierung nach London zu schicken, um dort mit den Alliierten über die Bedingungen zu verhandeln, unter denen die Vereinigten Staaten mit den Alliierten für den Frieden assistieren wollen.

Deutscher Reichstag.

Die bürgerlichen Fachminister.

Mit der Wahlparole der bürgerlichen Fachminister wird die Deutsche Volkspartei vermutlich nach dieser Reichstagsession nicht viel Glück haben. Die volksparteiliche Größe, der Herr Reichsschatzminister v. Kaumer, stellte sich in der Mittwochsitzung des Reichstages als ein so arrogant und des parlamentarischen Tones ungewohnter Herr vor, daß seinen eigenen Parteifreunden bei solchen Bloßstellungen ihres Ministers mit der Zeit wohl angst und bange wird. Es geht eben heutzutage nicht mehr an, auf so wohlbegründete und schwerwiegende Vorwürfe hin, wie sie unser Genosse Koch gegen verantwortliche Beamte des Reichsschatzministeriums vorbrachte, einfach in nichts sagender und hochfahrender Weise von Rederei und Klatsch zu sprechen. Es geht ebenso wenig an, einer Partei, wie der sozialdemokratischen gegenüber, auf die berechtigste Mahnung, sein Versprechen betreffs des Elektrizitätsgesetzes endlich einzulösen, die fähige Antwort zu geben, daß man sich das Gesetz seines Handelns von niemandem vorschreiben lasse. Es dürfte nach der heutigen Sitzung jedermann klar sein, daß Herrn v. Kaumer für die Bekleidung eines verantwortlichen Ministerpostens einfach alles fehlt. Ganz so arg treibt es der demokratische Innenminister Herr Koch ja nicht. Er zeigt in mancher Hinsicht guten Willen. Aber in seiner langen, über alle möglichen Gegenstände sich verbreitenden Rede wachte er die Vorhaltung unseres Genossen Braun, daß im Ministerium des Innern immer noch der alte Polizei- und Geheimratsgeist herrsche, doch in keiner Weise zu enträften. Ein besonders trübes Kapitel dieses Ministeriums ist der Widerstand, den man allen Bemühungen zur Sparsamkeit entgegensetzt. Die Entlassung des Sparsamkeitskommissars Carl bedarf jedenfalls noch einer gründlichen Untersuchung.

79. Sitzung.

Berlin, den 9. März 1921.
Die Interpellation Aderholt (USP.) wegen Preissteigerung und Arbeitsverhältnisse in der Rastindustrie und deren Sozialversicherung wird von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Reichsschatzministers.

Herr Hammer (DN.) begründet seinen Antrag auf ein Reichsgesetz, daß bei der Vergütung von Leistungen und Leistungen durch das Reich oder die Länder Grundbesitz anzusetzen werden, die sich namentlich auf die Vergütung solcher Aufträge an Handwerker und deren Vereinigungen beziehen.

Herr Lange-Hegemann (Z.) hält den Antrag nicht für angemessen. Er sei einfach nicht durchzuführen, da auch die Länder sich nicht daran beteiligen würden.

Herr Severmann (USP.) hält das Submissionswesen ebenfalls nicht für zweckmäßig. Seine Partei sei auch nicht gegen die Produktionsgenossenschaften.

Herr Simon-Kranke (USP.) nimmt die Produktionsgenossenschaften gegen die Unterstellung in Schutz, als ob sie den Handwerker Schulerigkeiten machen wollen.

Der Antrag Hammer wird im Wege des Sammelsprungs mit 202 gegen 84 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis wird mit schallender Heiterkeit aufgenommen. Der Zentrumsantrag Allecotte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Herr Bener (DN.) führt Beschwerde darüber, daß Militärbürokraten den Handwerksbetrieben vielfach Konkurrenz machen.

Herr Bruhn (DN.) verlangt Verläslichkeit der Inspektoren der ehemaligen Heeresverwaltung.

Herr Hartleb (Soz.): Die tariflich festgesetzten Löhne werden von den Vertretern des Reichsschatzministeriums immer als Maximallohne angesehen. Sie sollen aber nur das Existenzminimum gewährleisten. Für außerordentliche Leistungen müssen sie überschritten werden. Auf diese Weise erzielt man keine Arbeitsfreudigkeit. Ein Beispiel von dem mangelnden sozialen Verständnis des Reichsschatzministeriums bieten die Löhnerhältnisse der Reichsvermögensverwaltung in Scheuen bei Celle. Dort werden seit 9 Monaten Stundenlöhne von 3 bis 3,30 Mk. bezahlt. Seit 4 Jahren bemühen wir uns vergeblich, diesen Arbeitern ausreichende Lebensbedingungen zu verschaffen.

Schatzminister v. Kaumer: Der Abg. Rahmann will alle wirtschaftlichen Fragen nach politischen Theorien regeln. Ich sehe die Sache aber unter dem Gesichtspunkt, wie am besten Produktivität gefördert werden kann. Gegen die Deutschen Werke hege ich keine Antipathie. Ich habe gerade in der Rahmangelegenheit ihres Interesses gefordert. Von der Notwendigkeit der Erhaltung eines gesunden Handwerks und Mittelstandes bin ich so überzeugt, daß der Mittelstand meiner Förderung sicher sein kann. Ich bemühe mich auch nach Kräften, die Technik mehr als bisher zur Verwirklichung heranzuführen. Wo mir Hebergriffe angezeigt werden, spreche ich ein. Das Elektrizitätswirtschaftsgesetz läßt sich selber bis zum 1. April nicht fertigstellen.

Herr Koch (SD.): Der Reichsschatzminister führt sich, wie er sagt, karl genau, um sich das Gesetz seines Handelns von niemandem vorschreiben zu lassen. Gegen die Widerstände seines Ministeriums und seiner Parteifreunde war er offenbar nicht stark genug, das Elektrizitätsgesetz durchzuführen. In Hanau hat man uns von unlaubaren Beschäftigten bei der Verdrängung von Heeresgut berichtet. Wir bekamen Einsicht in ein verächtliches Schreiben der Frankfurter Metallarbeitervereinsgesellschaft an eine Berliner Gesellschaft, aus dem hervorzugehen, daß Eisenbahnschienen nicht nach dem wirklichen, sondern nach dem theoretischen Gewicht verkauft worden sind. Vom Reichsschatzminister wurde auf unsere Anfrage erklärt, daß die Rundabmessung des theoretischen Gewichtes selbstverständlich sei. Wir haben aber nachstele erzählt, diese Auffassung sei völlig abwegig. Schließlich stellte sich dann auch heraus, daß das bahnamtliche Gewicht bedeutend höher war als das theoretische. Ende November 1919 wandte ich mich abermals an das Schatzministerium und das Ergebnis meiner Verhandlungen mit dem Unterstaatssekretär Goldkühle war das Versprechen, mir alles halbjährig mitzuteilen. Nach einem Jahre gab man mir nach einer Stichprobe, aber nicht, wie verabredet, Durchschnittszahlen. Ich verlangte nun nochmals die richtigen Zahlen, aber erst nach Monaten, nachdem ich im Haushaltsauschuss zum Gesagten hatte, bekam ich sie. Das theoretische Gewicht nach dem gemessenen war 400 000 Kar. höher als das tatsächliche. Das Bezeichnende ist, daß der zuständige Beamte, Regierungsrat Lindenbera, der entweder belächelt oder total unfähig sein muß, nach der ganzen Ungelegenheit zum Ministerialrat befördert worden ist. (Hört, hört!) Ich muß den Minister, der doch sonst immer den starken Mann spielen will, dringend ermahnen, bei solchen Fällen durchzugreifen.

Schatzminister v. Kaumer: Der vorgetragene Fall hat sich vor meinem Amtsantritt zugetragen. Jeder, der mich kennt, wird mir glauben, daß ich gegen jede Korruption unmissverständlich einschreiten werde. Mich interessiert die Mentalität des Abg. Koch, der es fertig bringt, solche Anschuldigungen gegen einen hohen Beamten zu richten. Solange er nicht Beweise dafür vorbringt, muß ich mich schweigend vor meine Beamten stellen.

Herr Dorlich führt Beschwerde über die Bedienung, unter denen den Landwirten die Pferde von der Militärbehörde verkauft werden.

Herr Koch (SD.): Ich habe mich an das Ministerium gewandt. Nachdem ich vom Regierungsrat Lindenbera geäußert war, habe ich mich an Staatssekretär Goldkühle gewandt. Aber da wurde ich auch hingehalten. Ich habe dann dem Minister dieselbe Sache im Auschuß vorgetragen. Er hat mir erklärt, daß er Lindenbera wegen seiner Fähigkeiten befördert habe, diesen Beamten, der eine Gewichts Differenz von 400 000 Kilogramm entweder nicht gemerkt, oder absichtlich verdrängte hat.

Minister Kaumer: Was den Fall schließlich betrifft, so ist bereits eine neue Untersuchung eingeleitet.

Staatssekretär Wallther erklärt, bei dem Pferdeverkauf gelte das Verfahren, daß man den Landwirten die Pferde lasse, wenn sie sich zur Nachzahlung der Differenz entschließen.

Herr Dorlich (DN.) betont demgegenüber, daß die Soldaten bei der Demobilisierung vielfach ihre Pferde einfach im Straß liegen. Wenn die Landwirte sich der Tiere nicht annehmen hätten, wären Tausende verlorengegangen. Das sollte man den Landwirten nicht verzeihen. In der ganzen Sache trage nur die Revolution die Schuld.

Herr Simon-Kranke (USP.) protestiert gegen diese Aeußerung. Die Schuld liegt auf Seiten der Kriegsheer. (Großer Lärm und Protestrufe.)

Der Rest des Etats wird nunmehr genehmigt.
Es folgt der

Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Der Haushaltsauschuß bringt zu diesem Haushalt nicht weniger als zehn Entschlüsse zum Vorschlag.

Unter anderem wird die Bildung eines ständigen Ausschusses für das Bildungswesen empfohlen. Die Position von 100 000 Mk. zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke sollte 1921 auf fünf Millionen Mark erhöht werden. In die Reichsregierung wird ferner das Verlangen gestellt, die ehemaligen Kadettenanstalten planmäßig abzubauen, eine Denkschrift über die Unterdrückung des deutschen Volkes vorzulegen, einen Ausbau des Reichswanderungsamtes mit der größten Beschleunigung durchzuführen und die baldige Errichtung eines Denkmal für die auf aueruropäischem Boden im Kampfe gebliebenen Deutschen in die Wege zu leiten, um die während des Weltkrieges für die deutsche Schutzbefreiung gefallenen Tapferen zu ehren, sodann, um vor der ganzen Welt zu bezeugen, daß das deutsche Volk fest entschlossen ist, auf eine koloniale Zukunft nicht zu verzichten.

Von den Unabhängigen wird beantragt, die Reichsregierung um die Belegung des Rotenbühls mit Banen über die Entlohnung der Einwohnern sowie über die schlaueste Durchführung der Entlohnung und Auflösung der bürgerlichen Einwohnern zu ersuchen. Weiter haben die Unabhängigen die Entschlüsse wieder eingebracht, wonach der Reichstag verlangt, daß die Beerdigung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 außer Kraft gesetzt wird. Ferner fordern sie die baldige Errichtung eines selbständigen Ministeriums für die Volksgesundheit unter sachmännlicher Leitung. Endlich liegen noch drei weitere Entschlüsse der Unabhängigen vor: 1. wird die beschleunigte Verlegung eines Gesellschaftsreferats, der Grundzüge für die Erstellung des Reichsunterrichts in öffentlichen Schulen gemäß Artikel 138, Absatz 2 der Reichsverfassung angetragt; 2. soll die Reichsregierung einen Entwurf der Grundzüge vorlegen, nach dem binnen einer befristeten Zeit der Religionsunterricht von den bestehenden öffentlichen Schulen abzuheben ist; 3. soll der Reichstag erklären, daß er der Verlegung des Reichswanderungsamtes für Kriegsgerechte und Kriegsergriffene nach Spanien nicht zustimmt, vielmehr die Reichsregierung ersucht, die Seereschifferei aus dem Gebäude Dorosthankstraße 48 in Ber-

lin zu entfernen, um die zentrale Unterbringung des Zentralschulwesens in diesem Gebäude zu ermöglichen.

Herr Dr. Braun (SD.): Wir verlangen äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten, aber an den kulturellen Aufgaben des deutschen Volkes darf nicht gespart werden. Der Kultur des deutschen Volkes muß aufrechterhalten bleiben. Das ist gutes Zeichen, daß in Neuyork die Wiederverrichtung der deutschen Schulen gefordert wird, weil man das deutsche Wissen nicht abbrechen kann. Unbedingt billigen müssen wir die Ausgaben der Volksgesundheit der deutschen Wissenschaften, Kunst und Literatur würde man auf der ganzen Welt zurückzuführen in fast allen Städten der Kultur. Wenn wir auch große und berechtigte Wünsche zurückstellen müssen, so dürfen wir an dem wenigen, was in diesem Etat für geistige Zwecke getan werden kann, doch sparen. Viel überflüssiger sind andere Ausgaben, zum Beispiel für Kriegsgesellschaften. Das Reichswanderungsamt hat die Aufgabe, von der Auswanderung abzurufen und braucht keinen großen Beamtenapparat. Dieses Amt ist ein gegenrevolutionäres Ventil, in das niemand ohne militärische Vergangenheit hineinkommt. Ebenso steht es mit dem Reichswasserfiskusamt. Der Präsident, der Kapitän Hüser, hat während des Kampfes die Waffen nach Magdeburg gebracht zu gegenrevolutionären Zwecken. Der Redner wendet sich dann gegen den Minister Koch wegen einer Rede in Bremen und wegen verschiedener Schreiben und Aufrufe, die starken politischen Geist zeigten. Im Namen meiner Partei stelle ich an den Minister die Frage, wann die Gesetze über Volksbegehren und Volksentscheid endgültig kommen? Auch die Abfindung der Hohenzollern sollte der Volksentscheidung vorbehalten bleiben.

Herr Dr. Delbrück (DN.): Viele Organisationen kommen noch aus der Kriegszeit und sind überholt. Den Prozeß der Auflösung der Einzelstaaten und der Autonomie der Provinz braucht man nicht zu beschleunigen. Eine große Rolle spielen die neuen Ausgaben, die dem Reichsministerium aus der Volkshilfe und Volkserziehung erwachsen sind. Die Entschlüsse des Ausschusses, die Kadettenanstalten unter Auflösung von Ländern auf das Reich zu übertragen, genügt uns nicht. Wir haben daher beantragt, überall dort, wo die alten Kadettenanstalten notwendig sind, um die bisherigen Jünger zur Abschlußprüfung zu bringen, oder wo die Fürsorge für ehemalige Militärpersonen es verlangen, die alten Kadettenanstalten zu erhalten.

Reichsminister des Innern Koch: Ich bin völlig mit den Vorrednern darin einverstanden, daß wir unter den gegenwärtigen Umständen die kulturellen Anforderungen nicht zurückstellen können. Eine Sparsamkeit auf diesem Gebiete würde schlechte Früchte tragen. Wenn uns nun in Zukunft noch zugemutet wird von unserem Volk an das Ausland hohe Prozentsätze abzugeben, so werden wir das nur können, wenn wir kulturell auf der Höhe bleiben. Gegen den Vorwurf, als ob ich Gegner der Sparsamkeit bin, muß ich protestieren. Von einem Ueberreifer meines Ministeriums bei der Geschmackeret kann keine Rede sein. Wollten wir die Sparsamkeit nur auf Veranlassung des Hauses, die Schuld an unseren Kinderarbeiten liegt nicht in dem Parlamentarismus, sondern darin, daß wir uns von der Zeit des Friedens nicht die jetzige Lage hineingewöhnen können. Eine Reform des Parlamentarismus ist allerdings notwendig, aber nur im Sinne einer Vereinfachung. Daß gewisse Ministerien aus Sparsamkeitsgründen zusammengelegt werden können, leuchtet ein. Was das Verhältnis des Reiches zu Preußen anbelangt, so wäre es falsch, leugnen zu wollen, daß hier Uebelstände vorliegen haben. Die Hegemonstellung Preußens hat im neuen Staat aufhören müssen. In diesem Augenblick, wo die Entente die Hand auf uns legt, wäre es verfehlt, staatspolitische Fragen über die Umgestaltung Preußens auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn es nicht gelingt, den Reichsgedanken überall in den Ländern durchzuführen, kommen wir nicht durch. Die Sparversuche haben sich in der Praxis nicht als durchführbar erwiesen, da die Unterbringung der durch die Landverluste freigewordenen Beamten, sowie die sonstigen Folgen des Krieges und des Friedens uns bittere Notwendigkeiten auferlegt haben, gegen die wir machtlos sind. Was a. B. das Schulwesen anbelangt, so sind die Zeiten vorbei, wo sich das Reich nicht um die Schulen zu kümmern hatte. Die Frage der Auswanderung muß vom Reich eingehend geprüft werden, um die Auswanderung qualifizierter Kräfte möglichst zu beschränken. Das Reich kann keineswegs die Polizei entbehren. Das beweisen schon die vielen keinen Anfragen im Reichstag. Es liegt eine gewisse Gefahr darin, daß das Reich nicht über eine einheitliche Polizei verfügt. Solange das nicht der Fall ist, kann ich nicht verantwortlich gemacht werden für mangelndes Durchgreifen gegen die Drogen und gegen das internationale Verbrechertum. Wir brauchen eine Reichskriminalpolizei. Die Uebergriffe der interalliierten Kommission gegen pflichtgetreue Beamten der Landesbehörden nehmen immer mehr zu.

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr.

Schluss 7 Uhr.

Oesterreich und die Entente.

Die österreichische Regierung wurde eingeladen, sofort Vertreter nach London zu entsenden, um die Anwendungsmöglichkeiten einiger steuerlicher Bestimmungen des Vertrages von St. Germain zu prüfen. Die Sachverständigen-Konferenz, welche darüber gegen Ende der Woche beraten wird, macht die Gegenwart Briand's nicht erforderlich. Er geht daher spätestens Freitag abend wieder in Paris einzutreffen. Der französische Ministerpräsident wird auf dieser Konferenz wahrscheinlich durch Loucheur und Bertelot vertreten werden. Zu der überraschenden Einladung wird folgendes im „Neuen Wiener Tagblatt“ ausgeführt: Einmal scheint England die Absicht zu haben, eine möglichst ungleiche Behandlung Deutschlands und Oesterreichs zu zeigen. Das erklärt wohl auch die Gile, mit der die Einladung Oesterreichs dem Abbruch der Verhandlungen mit Dr. Simons nachfolgte. Dann dürfte England aber auch von der Absicht geleitet sein, das in letzter Zeit beobachtete Bestreben harter deutscher Wirtschaftszwänge, sich in Oesterreich auszubreiten, aus Rücksicht der Staatsraison und zugunsten seines eigenen Kapitals etwas einzubäumen. Dazu kommt, daß England weiß, daß die österreichische Regierung für den Fall, daß alle Hilfsrufe an die Entente vergeblich sein sollten, bereits Verhandlungen mit neutralen Staaten, in erster Linie mit Holland, eingeleitet hat, die auf ein Abkommen wegen Errichtung einer österreichischen Bank und anderer Hilfsmassnahmen abzielen.

Die russische Krise.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge nahm das Artilleriefeuer in Kronstadt Dienstag abend nach 9 Uhr wieder zu. Es wurde mit schwerer Artillerie geschossen. Im Laufe des Montags wurden in Kronstadt eine Anzahl von Personen getötet. Nach glaubwürdigen Meldungen aus Lertjok ist die Stellung Rasnaja Gorta in den Händen der Bolschewiken. Die Meldung, daß eine finnische holländische Kompagnie während des Versuches, über das Eis zu gelangen, vernichtet wurde, beschäftigt sich — Der „Times“ Berichterstatter vernimmt aus Kiga: Die Kommunisten in Petersburg stellen den Kronstädtern Bedingungen für die Einstellung des Kampfes. Die Antwort war die Aufforderung, Petersburg zu übergeben. Als die verweigert wurde, begannen acht Kriegsschiffe von Kronstadt her die Beschießung von Petersburg. Die Beschießung rief eine große Panik unter den roten Truppen und den Kommunisten hervor. Die ganze Garnison besteht aus fünf Regimentern. Eine Anzahl Kommunisten wurde erschossen. Der schwedische Berichterstatter der

„Times“ meldet, daß General Kološkin an die Räteregierung ein Ultimatum gerichtet habe, dessen Inhalt noch nicht bekannt ist. Die Forderung des Aufstandes in Konstantinopel hat nicht der bekannte Mathematiker und General der zaristischen Armee Kološkin inne, sondern ein 35jähriger Mann gleichen Namens, der während des Krieges Oberst wurde und von Kerenski wahrscheinlich den Generalrang erhielt.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

Der Verwaltungsrat des allgemeinen Arbeiterverbandes wurde in Paris zusammenberufen, um Stellung zu der Frage zu nehmen, ob ein Einverständnis zwischen den deutschen und französischen Arbeitern angängig erscheint, um den Wiederaufbau in die Wege zu leiten. Eine internationale gewerkschaftliche Abordnung, bestehend aus dem Deutschen Wiffell, dem Franzosen Jouhaux, dem Holländer Timmen und dem Engländer Boulton, sollte, wie gemeldet, eine Enquete in Oberschlesien veranstalten. Die interalliierte Kommission in Oberschlesien verweigerte den Gewerkschaftsführern die Pässe.

Zur Ermordung Datos.

Die Leiche Datos wurde in den Abendstunden nach seiner Wohnung überführt und dort aufgebahrt. Die Familie willigte ein, daß Dato im Pantheon beigesetzt wird. Der Adjutant Datos erklärte, daß Dato davon unterrichtet war, daß ein Anschlag gegen ihn und den König vorbereitet war. Als sich der Adjutant erbot, ihn überall zu begleiten, lehnte Dato dies ab und erklärte, er rechne mit seinem baldigen Tode. Das seien einmal die Unannehmlichkeiten seines Berufes. Vicomte Gja übernimmt an Stelle Datos das Marineministerium. Es wurde eine dreitägige Nationalkrawaller vorgeschrieben. Die Presse verdammt einstimmig den Anschlag.

In Spanien und besonders in den Großstädten behauptet die syndikalistische Gewerkschaftsrichtung das Feld. Sollten wirklich syndikalistische Gewerkschaftler die Täter sein, was noch keineswegs feststeht, so wäre die Tat nur aus der ungeheuerlichen Brutalität heraus zu erklären, mit der diese Gewerkschaftsrichtung wie die gesamte Arbeiterbewegung von den konservativen Mächten in Spanien unterdrückt und verfolgt wird. Individuelle terroristische Akte solcher Art sind trotzdem zu verurteilen, weil sie nur die Reaktion stärken und weitere Repressalien hervorrufen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für das russische Himmelreich.

Die „Rote Fahne“ enthält einen Aufruf der Zentrale der RPD für das Bündnis mit Sowjetrußland. Es heißt in dem Aufruf, daß die deutsche Bourgeoisie, um einen günstigeren Geschäftsabluß mit der Ententebourgeoisie zu bekommen, das deutsche Proletariat erneut der Hungerblockade und allen schweren Folgen des Wirtschaftskrieges der Entente aussetzt. Die deutschen Arbeiter werden aufgefordert, für das im Westen geschlossene Tor das Tor nach Osten zu öffnen, wo 150 Millionen Menschen auf die technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands warten.

Kleine politische Nachrichten.

Nach Mitteilung des Reichstagsministers für die Entwaffnung beträgt der Zugang an beschlagnahmten Waffen im Monat Februar: 4 Gewehre, 13 91 Gewehre, 1077 Pistolen und 4219 Handgranaten. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind bisher 484 936 Gewehre eingezogen worden.

Der Entwurf betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes verlängert die Gültigkeitsdauer bis zum 30. September 1921.

Der erste Zug mit Abstimmberechtigten ist Mittwoch nachmittag aus Berlin nach Oberschlesien abgegangen.

Die Zwangsverhaftung für Zucker kann nach einer Mitteilung des Reichsministers für den Herbst nicht in Aussicht gestellt werden. Es wird auch bestritten, daß zehn Millionen Doppelzentner Rüben anderen Zwecken zugeführt worden seien.

Der Ausschuh des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung nahm folgenden Antrag an: Die Reichsregierung wird ersucht, die Zuteilung an Verbrauchsgüter für die Bevölkerung auf dasjenige Quantum zu erhöhen, welches gerechter und billiger Verteilung der diesjährigen Ernte entspricht.

Die Neunorcker Blätter veröffentlichen den Wortlaut des Japan erteilten Mandats für die Insel Yap. Der Wortlaut betrifft die Meldung, daß Japan die Bedingungen durchgesetzt hat, daß seine Untertanen in anderen Mandatsgebieten nicht ungünstiger behandelt werden dürfen als diejenigen anderer Länder. Amerika beharrt dabei, daß es niemals die Erteilung des Mandats über Yap an Japan genehmigt habe.

Freistaat Lüneburg.

Donnerstag, 10. März.

Einheitsfront.

Die große Rede, die Genosse Müller am 5. März im Reichstagsgebäude hielt, hat es den Deutschnationalen, besonders aber den „Lüneburger Anzeigen“ angetan. Das Blatt beschäftigt sich am Dienstag in einem besonderen Artikel mit dieser Rede und stellt es so dar, als ob Genosse Müller und die Sozialdemokratie die Interessen des deutschen Volkes nicht wahren wollten, weil diese die verwerfliche faschistische Politik der Deutschnationalen und der Mitteldeutschen nicht mitmachen. Die Mitteldeutschen und Deutschnationalen, auf deren Schuldkonto alles und jedes Unheil zu setzen ist, das sich dieser Tage über dem deutschen Volke zusammenballt, jene Männer von 1914, stoßen in die Kriegsfahnen, verlangen Verhandlungsbüchse und vertrauen auf die chauvinistische Stimmung, die sie danach zu erzeugen gewillt sind, in der Absicht, durch organisierten Widerstand das ohnmächtige Deutschland in ernste Konflikte mit der Entente und damit völlig in den Abgrund zu stürzen. Ihnen in die Hände arbeiten die Bolschewiken. Sie rufen zum Umsturz, zum Waffenbund mit Sowjetrußland auf und predigen den leidenschaftlichen Wahnsinn. Diese Politik des Wahnsinns kann und wird die Sozialdemokratie niemals mitmachen.

Wie viel, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, hat man seit Wochen von der Einheitsfront gesprochen, die uns jetzt nocht, und wie ist dieses gute Wort von Anfang an so lächelnd verächtlich worden! Was sich in Wirklichkeit hinter der Mäntelung dafür verbirgt, das ist aus der deutschnationalen Presse inzwischen offenbar geworden. Es war nichts anderes als die Parteilichkeit der Deutschnationalen, die die Gelegenheit der schwersten nationalen Krise einfach benutzten, ihre Beteiligung an der Regierung zu erzwingen; durch Verbreitung der Regierung nach rechts und nach links im Reich, weil es bei der Mandatsverteilung im Reichstage hier ohne die Mehrheitssozialdemokraten doch nicht geht — in Preußen dagegen, wie am Vortage der Bondezer Konferenz der Graf Westarp mit zynischer Offenheit ausgesprochen hat, durch eine vollkommene Wendung nach rechts,

durch Herstellung einer rein „bürgerlichen“ Mehrheit, unter Beteiligung und tatsächlicher Führung der Deutschnationalen, unter Ausschlag der Sozialdemokratie. Diese Hoffnungen sind nun nicht in Erfüllung gegangen, nachdem die Sozialdemokraten im Reich jedes Zusammengehen mit den Deutschnationalen abgelehnt haben. Damit wäre die Bahn für die wirkliche innere Einheitsfront freier gemacht, wenn nicht auch hier wiederum eine nationalistische Agitation diese innere Einheit zu mißbrauchen an Werke wäre. Eine Volkseinheit nach deutschnationalem Wunsch würde für Deutschland das größte Unglück bedeuten. Im wilden inneren Streit, wie er von rechts her immer wieder entfesselt wird, können wir nicht gesund sein. Nur wenn alle das Tatsächliche anerkennen und es im Bewußtsein der Volksgemeinschaft mittragen, können wir überhaupt am Leben bleiben.

Während das Wort von der Einheitsfront gegen die Forderungen der Entente von den Deutschnationalen und besonders von den „Lüneb. Anz.“ tagaus, tagein mißbraucht wird, sind jene Herrschaften fortgesetzt bemüht eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu bilden. So schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ über die Tagung der Agrarier im Zirkus Busch-Berlin folgendes:

„Das große Wort „Einheitsfront“ steht über dieser Tagung. Einheitsfront aller Landwirte gegen die Feinde der Landwirtschaft. „Einheitsfront gegen den inneren Feind.“

Gegen den „inneren Feind“, das ist das wahre Schicksalsgeschick der Reaktionäre auch in diesem schweren Augenblick, wo weitere Teile Deutschlands vom Ententeher besetzt werden.

In ihrer Ausgabe vom Dienstagabend jubeln die „Lüneb. Anz.“ über den Abbruch der Verhandlungen in London. Ein Aufatmen, so schreiben sie, geht durch das deutsche Volk. Sauer, ein Aufatmen geht durch die Reihen der Nationalisten aller Länder. Ihr gefährlicher Feind, die Vernunft, hat in London eine Schlappe erlitten.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Forderungen der Entente unerfüllbar sind und abgelehnt werden müssen. Diese Ablehnung aber als eine Tat zu preisen, die den Anfang für das Wiederaufleben Deutschlands nach dem schmachvollen Sturz von 1918 bedeutet, als einen „geschichtlichen Augenblick“ hinzustellen, den die Nachwelt hoch werten wird, das bringen nur das Amtsblatt und die deutschnationalen Gewaltpolitiker fertig. Die Folgen des Bruches mit der Entente sind so furchtbar und so schwer für das deutsche Volk, daß man zu jubeln wirklich keinen Anlaß hat. Aber sie, die deutschnationalen Gewaltpolitiker, sind es ja weniger, die mit „Würde“ und „Kraft“ die folgen schweren Maßnahmen der Entente zu tragen haben. Diese Lasten trägt man, genau wie während des Krieges, auf das gewöhnliche Volk ab. Die Arbeiterklasse soll alles ausstehen, was alldeutsche Gewaltpolitik uns einbrocht hat. Gewalt, nicht Vernunft, war von jeher die Lösung des Amtsblattes. Als im Dezember 1918 das Friedensangebot der Mittelmächte bekannt wurde, da schrieb das Blatt am 19. Dezember: „Wir müssen gestehen, daß der erste Eindruck dieser Meldung das Gefühl einer tiefen mit Schrecken gepaarten Besorgnis war.“ Man wollte damals keine Verständigung und man will heute auch keine Verständigung. Die deutschnationalen gewalttätigen Verbrechenpolitik soll fortgesetzt werden, ohgleich das deutsche Volk aus tausend Wunden blutend ohnmächtig am Boden liegt. Die Arbeiterklasse aber ruht weit ab von jedem Chauvinismus und Nationalismus. Sie sieht sich allein auf die harten wirtschaftlichen Lasten, die alle Pläne der Pariser Finanzpolitik in Scherben schlagen und bereinigt dem deutschen Volk Gleichberechtigung, Freiheit und Frieden bringen müssen.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 14. März, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921. 2. Nachbewilligung an die Finanzbehörde. 3. Wohnanschluß an die öffentlichen Kanalisationen. 4. Beihilfe an den Verein für Herrentalonen. 5. Verstärkung der Mittel der Strafanstalt Lutterhof. 6. Gewährung einer Beihilfe an die Wegengemeinde Sierrstraße. 7. Verbesserung der Badeeinrichtungen in Travemünde. 8. Teuerungszuschlag zu den Untersuchungsgebühren beim Schlachthof. 9. Gewährung fernerer Zinsfreiheit an die israelitische Gemeinde für das ihr zum Synagogenbau gewährte Darlehen. 10. Nachbewilligung für das Hanseatische Oberlandesgericht. 11. Ausbau des Vorwerker Industriegeländes. 12. Beschaffung von Baumaterialien. 13. Abänderung eines Vertrages mit der Lüneburger Maschinenbau-Gesellschaft. 14. Mittel für Hofstandsarbeiten. 15. Bebauungspläne für die Erweiterung des Stedingsgeländes. 16. Siedlung an der Vorrader Straße. 17. Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Gertrud. 18. Herrichtung von Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere usw. in der Maxlikaserne. 19. Ermächtigung der Finanzbehörde zum Verkauf von Kleinwohnungsbäusern. 20. Abstellung von Mängeln in Barackenwohnungen. 21. Einrichtung der allgemeinen Fortbildungsschule für Mädchen. 22. Gewährung einer Altersunterstützung an den Schulrat Stapelhoff. 23. Errichtung eines Schulpfandes. 24. Neuschaffung von Beamtenstellen u. m. d. a. 25. Beschluß über die Abweisung der Wohnungsbeschlagsnahme. 26. Nachbewilligung an die Oberschulbehörde.

Bezirksversammlung. Der 40., 50. und 51. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins haben seine Mitglieder, insbesondere auch die Frauen und erwachsenen Töchter derselben zu einer Versammlung am Freitag, dem 11. März, abends 7½ Uhr in der Lokal „Luisenpark“, Schenckstraße, ein. Parteisekretär Gen. Weiß spricht über: „Sozialismus, Reaktion und die Frauen.“

Eine Entente-Kommission, bestehend aus Engländern und Franzosen, traf heute vormittag in einem großen Auto hier ein und verhandelte mit dem Volksherrn, wie schon früher mehrfach, über verschiedene politische Fragen. Die Kommission hat sich auch die Maxlikaserne angesehen und über einige Fragen Auskunft gewünscht. Von einer Besetzung Lübecks durch die Entente, wie gerüchelt wurde, kann absolut keine Rede sein. Derartige Verhandlungen haben schon mehrfach stattgefunden und werden wahrscheinlich auch noch zukünftig stattfinden.

Neuer Elternbeirat. Am Montag in der Sitzung der Ortsgruppe des Bundes für Erziehung und Unterricht Herr Prof. Grund und Frau Kalk. Die beiden Vorträge sowie die sich daran anschließende lebhafte und vielseitige Aussprache ergaben, daß die Vorstellungen und Wünsche, die sich mit diesem Worte verbinden, noch unklar sind. Neben eine scharfe Ablehnung von Eltern- und Lehrerkreisen stellten sich andere Meinungen, die sich nicht mit persönlichen Beziehungen zwischen Eltern und Lehrern und gelegentlichen Elternabenden genügen lassen wollten, sondern von einer organisierten Vertretung der Elternschaft eine erzieherische Entlastung unseres Schulwesens erhofften. Allgemein anerkannt wurde weiterhin, daß eine Elternvertretung keinen politischen Charakter tragen dürfte, was man vor allem dadurch zu erreichen hofft, daß sie von unten, von einer Vertretung der Eltern der Klasse und der einzelnen Schule aus, allmählich aufgebaut wird, und daß sie ferner nur von Segen wissen kann, wenn der Elternrat nicht neben der Lehrerschaft steht oder sogar gegen sie, sondern wenn Lehrer und Eltern in ihm zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden sind. — Auch wir halten es für richtig, daß die Elternvertretung keinen politischen Charakter tragen darf. Eigentümlich muß es einem aber berühren, wenn bei der Errichtung des Elternbeirates für das Realgymnasium der Vorzug dieses Bundes leinertzt erklärte, die Errichtung sei aus Rücksicht vor der Sozialdemokratie geschaffen worden.

Schwurgericht. Am Mittwoch hatten sich die Arbeiter Schillingberg und Schumann wegen schwerer Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Beide waren im November v. J. in der Wohnung des Kaufmanns v. Lüthmann eingedrungen und hatten Sachen im Werte von fast 5000 Mk. entwendet. Bei ihrer Verfolgung durch Sicherheitsbeamte hat Schillingberg mehrere Schüsse auf die Beamten abgegeben, wodurch ein Oberwachmeister am

Oberschenkel verwundet wurde. Er wurde aber trotz bester Gegenwehr überwältigt und gefesselt nach der Wache gebracht. Die Geschworenen bejahten auch die Frage auf Lösung von zwei Sicherheitsbeamten. Das Urteil lautete gegen Schillingberg, der zuerst mit 8½ Jahren Zuchthaus vorbestraft ist, auf sieben Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Schumann kam mit 6 Monaten Gefängnis davon.

Zentrale für Krankenpflege. Die schon vor dem Kriege mit dem Arbeitsnachweis verbunden gewesene Zentrale für Krankenpflege, die den Verkehr zwischen den freien Schwestern und Pflegerinnen und den Pflegebedürftigen vermitteln sollte, ist heute nötiger denn je. Kommt es auf einer Seite vor, daß bei Erkrankungen tage- und wochenlang nach einer Pflege vergeblich gesucht wird, so sind Schwestern und Pflegerinnen oft beschäftigungslos. Um eine feste Verbindung herzustellen zu können, werden alle in Frage kommenden Schwestern, Säuglings-, Wochen- und sonstige Pflegerinnen gebeten, dem Frauenreferat des Arbeitsamtes, Untertrave 104, bis zum 20. März Nachricht zu geben, damit in einer gemeinsamen Zusammenkunft alle Wünsche gehört und berücksichtigt werden können.

Stadttheater. Herr Witold d'Antone, der kürzlich in Rigoletto auf Anstellung gaste, ist dem Lübecker Stadttheater verpflichtet worden.

Stadttheater. Donnerstag: Wiederholung von „Lobengrin“. Freitag: Erbauung von „Die lustigen Weiber von Windsor“. Sonnabend: Wiederholung von „Rigoletto“. Sonntag: „Seefahrt“ und „Die lustigen Weiber von Windsor“. In den Kammertheatern Donnerstag: Erbauung von „Am Teufel“.

Travemünde. Zum Besten der Oberschlesier-Spende ist für den kommenden Sonntag eine große Sonderveranstaltung in den Räumen des städtischen Kurkaas geplant, an der die gesamte Schühmanns-Gesellschaft aus Lübeck unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Hauptpolizeiwachmeister Gebert, Herr Opernsänger Wiszewski vom Lübecker Stadttheater und außer den Turnvereinen in Travemünde noch erste Lübecker Turner mitwirken werden. Bei dem vorzüglichen Programm, das für den Abend vorgelesen ist, ist anzunehmen, daß die Veranstaltung ein volles Haus bringen wird, umso mehr, als sich an die Aufführungen noch ein allgemeiner Gesellschaftstanz anschließt.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Eine ruchlose Tat. Ein Verbrecher schlug in einem Hause Haselbuckdammweg einem im Bette liegenden 14jährigen Knaben nieder und raubte aus einer verdeckten Selbstkassette 90 Mk. Die Mutter des Knaben, die in einem Schuppen Holz zerkleinert hatte, fand bei ihrer Rückkehr den Sohn bewußtlos und blutüberströmt mit schweren Kopfverletzungen im Bette vor. Er wurde sofort der Klinik zugeführt, an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Von dem Täter fehlt jede Spur. — Eblischer Unfall. Mittwoch wurde ein 14jähriger Schüler beim Kohlen sammeln am Wellsee Weg durch Bruchstücken von Erdmassen erschlagen. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Koßdorf. Eine Geldlotterie für das Koßdorfer Stadttheater. Eine Geldlotterie zugunsten eines Stadttheaters ist wohl das neueste Spiel unserer Zeit. Wie in der amtlichen Beilage zum Regierungsblatt vom 1. März mitgeteilt wird, hat das Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium des Inneren der Theaterverwaltung des Stadttheaters zu Koßdorf die Veranstaltung einer Geldlotterie in drei Reihen zum Besten seines Fundus gestattet.

Neueste Nachrichten.

Die Regierungsbildung in Preußen.

II. Berlin, 10. März. Im preußischen Landtag fand gestern eine interfraktionelle Besprechung der bisherigen preußischen Regierungsparteien über die Regierungsbildung statt. Die Aussprache drehte sich um die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung. Die Sozialdemokraten beharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Das Zentrum trat dagegen sehr energisch für die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei ein. Die Demokraten unterstützten die Argumente des Zentrums. Eine Einigung wurde nicht erzielt.

Die Franzosenherkunft in Düsseldorf.

II. Düsseldorf, 10. März. Die Befehlungsbehörde hat verfügt, daß in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens sich niemand auf der Straße aufhalten darf. Die Polizei muß von ihrem gegenwärtigen Bestand von 1150 auf 600 Mann herabgesetzt werden. Uniformierte Beamte unterliegen dem Gehweggebot gegenüber Offizieren der Befehlungsarmee. Die Befehlungsbehörde hat die Genehmigung zur Tagung des Rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf unter der Bedingung erteilt, daß auf der Tagung keine Kundgebung gegen die Befehlungsbehörde erfolgt.

Aus von Oesterreich werden Milchfische verlangt.

II. Wien, 10. März. Wie verlautet, wird morgen zu dem bereits erfolgten Ultimatum wegen Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials noch ein weiteres Ultimatum der Entente des österreichischen Regierung überreicht werden, welches die Auslieferung der im Friedensvertrage geforderten Milchfische verlangt. Bei den Anstrengungen, die gemacht werden müssen, um die hungernden Kinder Wiens mit Milch zu versorgen, muß dieses Ultimatum allgemeines Staunen erwecken.

Explosion eines Munitionsdepots bei Saloniki.

II. Saloniki, 10. März. Aus Athen wird gemeldet, daß ein Munitionsdepot bei Saloniki explodierte, bei dem 60 Personen getötet und eine große Anzahl verwundet wurden.

Die Sanktionen gegen die Neutralen.

II. Aus dem Haag, 10. März. Lloyd George erwiderte im Unterhause zu der Frage der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, daß Ursprungszeugnisse für die aus den neutralen Ländern ausgeführten Waren verlangt werden könnten. Er bekämpfte sich nicht darum, ob die Neutralen das Meißbegünstigungsgesetz haben oder nicht. Nach Annahme des Gesetzes, das die Hälfte des Verkaufspreises von deutschen Waren dem Schatzamt zur Verfügung stellt, sei auch Holland und Schweden bekannt, was sie zu erwarten haben.

Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland.

II. London, 10. März. Reuters meldet: Bei der Besprechung des Handelsrats erklärte Minister Horne im Unterhause, daß er am Freitag mit Krasin zusammenkommen werde. Durch die russischen Gegner eines russisch-englischen Handelsabkommens seien neue Schwierigkeiten entstanden. Man darf nicht erwarten, daß die Arbeitslosigkeit in England sofort aufhören werde, wenn das Handelsabkommen unterzeichnet sei. Am Freitag werde im wesentlichen nur wenig Handel mit Rußland getrieben werden können.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Hermann Bauer.
Für die Rubrik „Freistaat Lüneburg“: August Schulz.
Für Inserate: Heinrich Steinberg.
Verleger: Heim. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Thermidor.

Diese Woche:
Kalbfleisch 7 Mk.
Rindfleisch 8 Mk. an
Schweinef. 14 Mk. an
Porkfleisch 12 Mk.
empfehlen (14708)

**E. Martens
Moising.**

Wer sicher sein will,



die echten **MAGGI** Fleischbrühwürfel zu erhalten, achte beim Einkauf auf den Namen **MAGGI** und die rote gelbe Packung. Andere Würfel stammen nicht von **MAGGI**.

Ausstellung
vom Sonnabend, dem 12. März bis Montag, dem 14. März 1921, im Gartensaal der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königstr. 5, von Kleidungsstücken aus Altmaterial und Liebesgaben, (14722)
In den Werkstätten der Zentrale für private Fürsorge
Eintritt frei! angefertigt. Eintritt frei!

**Verein der Ost- und Westpreußen.
Familien-Kappenfest**
am Sonnabend, dem 12. März 1921,
14699) 7 1/2 Uhr, im Turnerheim, An der Mauer 55 a.

Deutscher Eisenbahner-Verein
Ortsverwaltung Lübeck (Fernruf 8416).
Unser Bureau befindet sich Johannisstr. 48.
Sprechstunden: von 10-12 Uhr vormittags von 5-7 Uhr nachmittags. Auszahlungen von Unterhaltungen nur Freitags von 9-12 Uhr vormittags.
14712 Der Vorstand.
1. W. Stiefel, 87, post. f. Konfirm. z. v. Warncke, 14707) Königstr. 7

Arbeitsstiefel in allen Grössen und Preislagen wieder vorrätig. **W. Blumenthal** Kohlmarkt.

Bitte unsere Schaufenster Kohlmarkt u. Sandstrasse zu beachten.

Gef. zu sofort ein ordentliches Tagesmädchen. (14719) Untertrave 53.

Zu sofort erfahrene **Stütze** für kleinen Haushalt gegen guten Lohn gesucht. (14732) Seifingstraße 17 I.

Gef. H. Wohn- oder Stube m. Kochgel. Ang. u. M Z a. d. Exp. d. Bl. (14698)

R. z. z. W. (400 M. Mht.) g. ähnl. inn. St. z. vt. Ang. u. F B a. d. Exp. (14696)

Wer t. e. z. z. W. Stadt, gegen e. 2-3-Zimm.-Wohn. Stadt oder Holstenor? Ang. erbeten u. B C an die Exp. d. Bl. (14710)

Zu verk. m. gr. z. z. W. m. B. g. e. 2-3-Z. W. v. v. d. Holstenor. Ang. u. A E an die Exp. d. Bl. (14731)

Sitz u. Kiegewagen und 1 Paar Knabenstiefel, Gr. 40, z. verk. (14697) Briegstraße 15, I.

Zu verk. Bl. Marine-Anzug. (14717) Altendornstr. 41, p.

Für **Schuhmacher.** Fast neue Singer-Zylinder Nähmaschine zu verkaufen und Stoff für Herren-Anz. (14708) Hundestr. 14.

R. K. Schreibpult m. Bl. u. Stahl, z. vk. Hundestr. 52. (14725)

Damenrad (4-500 Mk.) ev. o. Vereinf., desgl. Zellkleinwand und Gartenbude gel. Off. un. D Z a. d. Exp. (14724)

Feinwäsche wird wieder gewaschen u. geplättet. (14718) Lützowstraße 22.

Entlaufen rotbr. Hund, Flügel weiß, neues Halsband. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben gegen gute Belohnung. (14695) Fleischhauerstraße 56.

Empfehle diese Woche:
Pa. Schweinefleisch v. 14.00 an
Pa. Kalbfleisch von 6.00 an
Kühe u. Rindern 7.50
Pa. Rindfleisch von 9.00 an
Frisches Gebäcktes 12.00
sowie sämtliche **Wurstwaren** zu den billigsten Preisen.

H. Schmalfeld
Schlachtereier,
Reichenstr. 26. Tsp. 2152.

Anzeigen
für kleine und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen
Die Geschäftsstelle des **Lübecker Volksboten**
Johannisstraße 46.

Hühnerzucht
Legen Sie sich einen Brutapparat zu! (14692)
Beste Auswertung und Rentabilität sichert Ihnen mein in allen Teilen erstklassiger elektrischer Brutapparat. Fordern Sie sofort kostenlos Preisliste.
Maschinenfabrik Schuh, Niederbreisig a. Rh.

Zeitgemähe Broschüre.
In unserem Verlage ist erschienen:
Die Weisen von Zion.
Das Buch der Fälschungen.
In den Tag gebracht von Otto Friedrich.
Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Der wiedererstandene Götze. — Der Jarenspiegel. — Die verräterischen Knöpfe. — Der internationale Hochstapler als Schwurzeuge. — Jüdische und Offiziersmoral. — Märchen eines antiken jüdischen Boyers. — Das gelobte Land in Ungarn und Galizien. — Die ererbte Front. — Der verurteilte Vödel. — Die sibirischen Eisenbahnen. — Brinzel. — Des Räufers Lösung.
Preis 1,20 Mk. Preis 1,20 Mk.
Friedr. Meyer & Co.,
Lübeck, Johannisstraße 46.

Arbeiter-Notiz-Kalender
für das Jahr 1921.
Mk. 3.50.
Buchh. Fr. Meyer & Co.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei
Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt
Mgl. d. R.-Sparr. Lübeck

Kausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten Tagespreisen (14691)
Cohn,
Badenburg, Allee 55, Keller

Der Schrei nach dem Recht
„Die Tragödie von Mechttersdorf“
Preis Mk. 2.50.
St. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung der Schmiede
sämtlicher Branchen
am Freitag, dem 11. März
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
(14713) Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Branerei- u. Mühlenarb.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 12. März
abends 6 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Zur Mühle
Bodergabe: 61.
Vg. Bruchreis 2.10-2.80
Feinster Java-Vollreis 3.-, 3.50 u. 4.50
Reismehl, fein u. grob 2.90-3.40
Süßer Sago 3.50
Schweinegrübe 4.80
Feinste Haserfloden 3.00
Linsen 2.90
Grober Grieß 3.25
Weizenmehl, weiß 3.00
Marschmehl, gelb 2.20
Sultana-Korinthen 4.-
Suttschende große grüne Erbsen 2.80
Suttschende weiße Bohnen 1.90
Feinstes Milchobst 4.75
Feinste Bohmische Pfäumen 4.75

Frische Sendung
H. Popp,
fr. Sirup, außerordn. (14713) fr. w. Schmalz 12.40
Waispflanzl. Bal. 70-8 besonders zum Reinmachen.
H. Popp, Friedr. Meyer & Co. str. 56.

Fettes Rindfleisch
Pfund 9 und 10 Mk.
Fettes Schweinefleisch
Pfund 16 Mk.
Prima Gebäcktes
Pfund 12 Mk.
Prima Kalbfleisch
Pfund 7 und 8 Mk.
J. Paschkewitz
(14729) Reichenstr. 53.

Verein. Kommunistische Partei Deutschl.
Sektion der Kommunistischen Internationale. Ortsgruppe Lübeck.

Große öffentliche Volksversammlung
am Freitag, dem 11. März,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (großer Saal).
Thema:
London u. die deutsche Arbeiterklasse
Referent: Genosse
Adolf Hoffmann, Berlin.
Freie Aussprache.
Für Deckung der Unkosten: 50 % Eintritt.
Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen. (14716)

VORANZEIGE!
Am 15. März (Dienstag) 7 1/2 Uhr:
Gr. Volks-Kammernmusikabend
veranstaltet von ersten Kräften des Orchesters des Vereins der Musikfreunde mit
Frl. Luise Friedhoff (Sopran)
im Gewerkschaftshaus.
Eintritt 3.50 Mk. Vorverkauf bei Basson, Beckergrube 40, in sämtlichen Warenabgabestellen des Konsumvereins und im Gewerkschaftshaus. (14728)

Einladung zum Ball
des
Nieter, Bohrer und Stemmer des Flender-Werks
Sonnabend, dem 12. März 1921,
im Gewerkschaftshaus.
Anfang 7 Uhr. Ende? Damenkarte 2 Mk. Herrenkarte 3 Mk. (14701) Der Festausschub.

Schlesier-Verein.
Sonnabend, dem 12. März:
20. Stiftungs-Fest
(Aufführung, Ball)
im Kolosseum.
Kassenöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Sarten (Herren 3, Damen 2 Mk.) bei den Landboten
Hiescher, Gr. Burgstr. 57, Lachmann, Schmiedestr. 3,
Weinhold, Wetter, Loberg 10, Ziegler, Klappenstr. 21.
(14714) An der Kasse erhöhte Preise.

Waisenhof-Tanz.
Jeden Freitag u. Sonntag:
Joh. Möller's bill. Fleischquelle Huxstr. 83
Frisches Gebäcktes 10.00 | Rindfleisch 8.00
Fettes Speck 10.50 | Kalbfleisch 7.50
Braunschweiger 8.00 | Schweinefleisch 8.00
Leberwurst 8.00 | Rindfleisch (14720)

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46. (14704)

Seeretz
Gastwirtschaft zur Börse
Große Ballmusik
ausgeführt von der Lübeck. Musik-Kapelle (1472) am Sonntag, d. 13. März, Anfang 6 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen bitten A. Lafrans u. H. Gold.
14706

Glederman
8.30 Uhr
Original
Allhoff Quartett.

Trocadero
Lübeck
Schüsselbuden 4.
Täglich:
5-Uhr-Tee.
Dezente Muslk.
Abends 8 Uhr:
Künstler-Konzert

Hansa-Theater
Heute 7 1/2 (14700)
Große Jubiläumsvorstellung!
Zum **25.** Male!
Fräulein Puck.
Freitag 7 1/2 (Ab. Serie I) Das Hollandweibchen.
Sonnabend 7 1/2: Wegener-Gastspiel.

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, Best. A und 15. Vorst. i. Opern-Abonn. Lohengrin. 7 Uhr.
Freitag, Best. B u. 15. Vorst. i. Opern-Abonn. Die lustigen Weiber von Windsor. 7.30. (14711)
Sonnabend, Best. A und 15. Vorst. i. Opern-Abonn. Nigolotto. 7.30 Uhr.
Sonntag, 8. Veranstaltung der Blaublauen Volksgill. Seefahrt. 8 Uhr.
Die lustigen Weiber von Windsor. 7.30 Uhr.

Kammerspiele.
(Hühnen)
Donnerstag, Freitag und Sonnabend
„Am Teufel“ 7.30 Uhr.
Sonntag, Flamme. 7.30.

Thermidor
(14704)

Die Rüstungen der Gegenrevolution.

Eine schwer belastende Entdeckung.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Ein merkwürdiger Zufall legt uns in den Besitz der 4. Seite der D. R. Korrespondenz Nr. 104, deren Kenntnis sicher nicht für die sozialistische Presse bestimmt war und die deshalb eine um so deutlichere Sprache führt. In die Seite waren Lebensmittel eingewickelt und auf diesem Wege kam es, sehr gegen die Absicht der Verfasser in unsere Hand. Das Blatt beschäftigte sich zunächst mit der besonders interessanten Frage der Bewaffnung; hierüber heißt es:

Die meisten unserer Leute sind schon jetzt im Besitze von Feuerwaffen. Wer Gelegenheit hat, eine brauchbare Waffe zu kaufen oder zu leihen, kann dieselbe gegen Quittung kaufen und sich den Betrag beim zuständigen Bezirkshauptmann gegen die Ablieferung der Waffe zurückerlassen lassen. Auch wer bereits im Besitze einer Waffe ist, hat jede Gelegenheit zum Verkauf einer solchen wahrzunehmen. Zuverlässige Leute nehmen mehrere Waffen in ihre Obhut und haben diese selbstverständlich am Handlungstage an den Sammelplatz mitzubringen. Dieselben gelten für den Erwerb von Munition. Bei nicht ausreichender Bewaffnung sollen sich die Bezirkshauptleute mit der Reichswehr und der grünen Polizei in Verbindung setzen. Bei gänzlichem Fehlen von Munition sollen die Dekadetten angeben werden.

Kronzeugen der Reaktion.

Der Prozeß gegen die Schieberfamilie Sonnenfeld tagt bereits die zweite Woche. An sich würde diese unsaubere Gesellschaft wenig interessieren, wenn nicht immer wieder betont werden würde, daß die Sonnenfelds die Urheber und Kronzeugen des mit so großem Geschrei aufgemachten „Korruptionsefeldzuges“ gegen die Sozialdemokratie sind. Sie sind die Inspiratoren der Davidohn, Sochaczewski, Baumfester usw. und auf dem Umwege über diese der gesamten reaktionären Presselampagne.

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperz. 01. Fortsetzung. „Sie meinen, Frau Blüthenstern...“ „Ich meine?“ sagte sie eifrig, „was hat man davon, wenn ich etwas meine? Es ist aber so, Sie dürfen sich auf Frau Blüthenstern verlassen. Sie haben die Zustellung bekommen! Ich hab' sie mit meinen eigenen Augen gesehen.“ „Und woher vermuten Sie, Frau Blüthenstern...?“ fragte ich gleichsam unter dem Banne ihrer Augen. „Ein Kind bin ich etwa.“ entgegnete sie scharf, fast beleidigt. „Dem man den Finger erst in den Mund stecken muß, damit es schweigt? So was braucht unser Hausmeister! Der sitzt auf keiner Bank mit der Zeitung in der Hand und liest und liest, und wie er damit fertig ist, hat er wirklich herausgebracht, daß man brauchen auf dem Neubau ein Kind aus guter Familie zur Haft gebracht hat. Gut!“ sagt er sich und erzählt's allen Leuten im Hühnerhof-Durchhaule. Daß aber an der Zeitungsgeschichte mehr als ein Nagel ist, daß sie das Haus angeht, wovon er, der Hausmeister ist, dazu, mein Herr Lehrer, Sie verstehen mir, daß ich so freimütig vor Ihnen rede, dazu ist er eben ein — Hausmeister. Was tu' ich mit einem Hausmeister?“ „Ich wollte sie unterbrechen, sie gilt aber einem tobenenden Waldstrome.“ „Wie er mir aber die Geschichte erzählt, mir, der Frau Blüthenstern, da hat es in meinem Gehirn einen Ruck getan, als mir dort etwas zerbrochen worden.“ „Lebensdicker Gott!“ schrei ich auf, „das ist ja der Knabe, der immer zu den Blüthenstern kommt!“ Man soll seinen Mund nicht zum Bösen aufkauen! Was kann ich aber dafür, daß mein Kopf anders beschaffen ist, als bei einem Hausmeister? Wie lag mein Mann, wenn er mich loben will. „Aus dir hält ein Minister werden sollen, Perli! Die Welt hält dabei nichts verloren!“ „Bedenken Sie aber nicht, da Sie mit dieser Vermutung eines armen Mädchens in ein schiefes Licht stellen?“ „Schiefes Licht“, wiederholte sie mehrmals hintereinander mit einem Kopfschütteln, das nicht sehr schmeichelhaft für mein Selbstvermögen aussah, wie komme ich zu dem schiefen Licht? „Kann ich etwas dafür, daß ich mit meinen Augen weiter sehe als andere Leute? Das ist vielleicht eine Strafe Gottes, daß er mich so geschaffen hat!... Habe ich den Amtsdienster herbeigeholt? Habe ich die Zustellung geschrieben und ausgefertigt? Glaubt man mir noch einen Prozeß daraus machen, weil ich

würden ins Zuchthaus wandern usw. usw., es würde eine neue Revolution ausbrechen, um diese Männer hinwegzuführen. Genauer gesprochen: eine Revolution zur Sicherung der Sonnenfeldschen Millionenunterschlagung. Der Angeklagte v. Frankenberg bekundete dann weiter, daß Georg Klarz auf die Mitteilung dieser Drehungen nur gefast habe, er brauche sich deswegen nicht zu beunruhigen, denn es gäbe kein Material, da nichts vorhanden sei. Es wurde dann auch, als Verhandlungen nicht zum Ziele führten, Strafanzeige erstattet.

Auch der Zeuge Heinrich Klarz bekundete, daß Sonnenfeld Vater ihm in einer Konferenz gedroht hat: „Sie können gegen uns doch nichts machen, sonst fliegt die ganze Regierung aus“. Man würde nun meinen, daraus gehe hervor, daß die Sonnenfelds ihrer Sache sehr sicher waren. In diesem Punkte ergab aber die Verhandlung genau das Gegenteil. Nachdem der Angeklagte Ernst Sonnenfeld (Sohn) ihn der gelobten Schweigepflicht entbunden hatte, teilte der Zeuge Heinrich Klarz folgendes über eine Unterredung mit Ernst Sonnenfeld in Holland mit:

„Ernst Sonnenfeld hat mir damals gesagt, daß an den ganzen Erzählungen von Ebert, Scheidemann und Moste kein Wort wahr ist, und daß er das Geld unterschlagen habe. Der Zeuge bekundete ferner: „Hermann Sonnenfeld hat an seinen Sohn am 8. Mai folgendes Telegramm nach Holland geschickt: „Georgs Bruder will mit mir nach Holland reisen, um große Mäulen zu erlangen. Weil Adresse ihm unbekannt, abwarten heutigen Eilbrief. Dringend rate, wenn nicht andere Behauptungen gegen Georg und Helphand, dann damit schlechter schlechter Stand.“ Dieses Telegramm wird in dem Eilbrief näher erläutert. Es heißt daran: „Deine hiesigen Dokumente sind nicht ausreichend, um gegen die ganze Gesellschaft mit Erfolg vorzugehen. Die Sache steht also auf schwachen Füßen. Wenn Du nichts anderes beweisen kannst, ist es schlimm, denn mit Behauptungen allein ist nichts zu machen.“

Auf diesen Brief hin hat Ernst Sonnenfeld an seinen Bruder Hermann telegraphiert: „Schick den alten Mann ins Irrenhaus.“

Der Angeklagte Ernst Sonnenfeld erklärte hierzu, er persönlich habe das Vorgehen seines Vaters nie gebilligt und nicht daran gedacht, gegen Scheidemann vorzugehen. Er betritt eine Unterschlagung gestanden zu haben. Die Entfaltungspäne seines Vaters habe er immer für Unsinn gehalten. Er betonte sehr scharf, daß er seinen Vater für verrückt halte, durch das entsetzliche Verhalten seines Vaters sei die Jugend der Kinder vergiftet worden, die Familie habe unsäglich unter seinen Tobsuchts- und Wutanfällen gelitten.

Von der angeklagten Frau Sonnenfeld seiner beruflichen Schweigepflicht entbunden, erklärte Rechtsanwält Grünspach, daß zuerst Frau Sonnenfeld Momente einer etwaigen Gestesfranzheit des alten Sonnenfeld in den Vordergrund gerückt hat. Er selbst hielt Sonnenfeld auch nicht für geistig normal, er habe selbst mit angesehen, wie Sonnenfeld (Vater) aus einem ganz wichtigen Anlaß auf seinem, des Rechtsanwalts, Bureau seinen Sohn Herbert absperrte.

Der Angeklagte Hermann Sonnenfeld (Vater) protestierte lebhaft dagegen, daß er gestresst gemacht würde. Um den Gerichtsärzten ein Bild von seinem Geisteszustande zu geben, hält er eine einstündige Rede über seinen Lebenslauf. Diese Rede gibt ein erschreckendes Bild von Größenwahn und Konfusion. Sonnenfeld selber erklärt sich für ein Genie auf verschiedenen Gebieten, er will alle möglichen epischen Erfindungen gemacht haben. Er sei mit 22 Jahren Sozialdemokrat geworden, habe aber den „einseitigen Marxismus“ abgelehnt. Gleich darauf erzählt er, wie er in Budapest eine Sozialmarxistiker veranstaltet habe. Er fühle sich nicht als Deutscher, sondern als Preuße, da Preußen durch die Hohenzollern so große Höhe erreicht habe! Nur mit dem Hohenzollernspruch: „Mit Gott für König und Vaterland“, könne das deutsche Volk wieder aus dem Elend der Revolution hochkommen usw. usw.

Eine Provokation der Militaristen.

Der Aulok-Prozeß ist, wie mitgeteilt, verlagert worden. Das Material nahm von Tag zu Tag einen immer größeren Umfang an, statt sich zu erschöpfen. In den Aussagen der Mißhan-

delten wurden immer neue Opfer erwähnt, die zur Vernehmung geladen wurden. Einige dieser Zeugen antworteten auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie sich nicht gemeldet haben, daß sie das Vertrauen zur Rechtsprechung verloren hätten. Die Entlastungszeugen befanden übereinstimmend, daß sie nichts wissen und nichts gesehen haben. Sie machen durch die Bestimmtheit mit der sie sich in denselben Worten und denselben Zeitangaben an gewisse entfallende Dinge erinnern, während sie sich an gewisse Dinge, wie stattgehabte Mißhandlungen, überhaupt nicht erinnern wollen, den Eindruck, einer Beeinflussung unterliegen zu sein, einen Eindruck, den auch der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter empfangen haben will. Die Befastungen berichten von erduldeten Mißhandlungen in immer neuen Variationen. Eine Frau, die die Unschuld ihres plötzlich verhafteten Mannes beteuerte, wurde mit dem Kopfe gestoßen, während ein Leutnant dazu rief: „Stoß sie nieder!“ Ein Offizier schrie auf einen Verhafteten, der jüdischen Herkunft war, „Thuringia“ angehörigen Studenten, ein: „Auch Du Schwein, Du ein Adambitzer, Ihr von der „Thuringia“ werdet morgen alle aufgehängt.“ In diesem Studenten wurden blutige Striemen festgestellt. Ein Zeuge sagt aus, daß die Offiziere die 20. 5. 5. Handlungen eines Angeklagten, der ihm ins Gesicht spuckte, ihm mit der Faust schlug und mit Füßen trat, durch ermunternden Zuruf: „So ist's recht“ unterstützt haben. Ein Eingelieferter wurde so geprügelt, daß er hat, man solle ihn todschlagen.

Immer neues Material in nicht endenwollender Fülle wird vorgebracht. Dann aber wird das Bild von der entsetzlichen Rohheit der Angeklagten grotesk, als der Verteidiger die Mitteilung machte, daß soeben dem Angeklagten Walter vom Generalkommando die Dienstauszeichnung erster Klasse verliehen worden sei. Das ist etwas, schreibt die „Frankf. Ztg.“, wobei eine kultivierte Gesinnung nicht mehr mitkommt, und man hat den Eindruck, daß militärischer Dünkel hier Gericht und Zivil brüskieren wollte.

Angeklagter dieser unerhörten Vorfälle brachte es die Telegraphenagentur fertig, in die Welt zu telegraphieren, die letzten Zeugenaussagen hätten wenig Interesse gehabt. Für die Reaktionäre hat dieser Prozeß bisher allerdings wenig Interesse gehabt, wie die unterschlagene Berichterstattung der deutsch-nationalen Presse zeigt. Ein Beweis hierfür bieten auch die „Lübecker Anzeigen“, denen berartige Enthüllungen über militärische Niederträchtigkeiten natürlich nicht ins Konzept ihrer verlogenen Phrasen passen. Man fahlet dort lieber im „Aufklärungsstil“ über die Einheitsfront und Ueberbrückung der Gegensätze, die man sich so denkt, daß die Monarchisten wieder die Rute schwingen und dem Volke den Mund verbieten, nach dem früheren Muster auf preußischen Kasernenhöfen. Wer sich außerhalb dieser Hofeigenen für falkschnauzige Unteroffiziere und übergeschnappte Monarchisten über diese Art Erziehung mokiert, wird dem Staatsanwalt übergeben. Das waren noch Zeiten für die Säulen von Thron und Altar!

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 10. März.

Versicherungsprämien, welche auf Grund nicht voller Prämienzahlung infolge des Krieges erloschen oder vermindert sind. Nach der Bekanntmachung des Bundesrates vom 20. 12. 1917 können solche Lebens- und Krankenversicherungen, welche nach dem 31. 7. 1914 erloschen oder gemindert sind, weil der Versicherungsnehmer seiner Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine vertragsmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat, auf einen schriftlichen an den Vorstand des Versicherungsunternehmens zu richtenden Antrag des Versicherungsnehmers wieder hergestellt werden. Die Wiederherstellung muß beim Vorstand des Versicherungsunternehmens spätestens 6 Monate nach Kriegsende beantragt sein. Die Frist würde also nach der Verordnung vom 14. 2. 1920 bereits am 10. 7. 1920 abgelaufen sein. Für solche Versicherungsnehmer jedoch, die durch die Kriegsverhältnisse (z. B. Gefangenschaft und dergl.) an der Einhaltung der Frist verhindert worden sind, endet die genannte

auch einen so guten Kopf habe wie das übliche Kriminalgericht... Da übermannete mich unsäglich der Born wider die Frau und ihre selbstgerühmte Klugheit. „Frau Blüthenstern!“ rief ich ihr zu, „es freut Sie also, daß das Kind, ehe noch alles klar geworden ist, ins Unglück kommt?“ Sie aber sah mich mit bestemmten Blicken an, durchaus nicht erschreckt oder gar erschüttert. „Ich hab's ja gesagt“, meinte sie, „weshalb wird man mir noch einen Prozeß daraus machen. Gott bewahre und beschütze jeden vor falscher Meinung und Verdächtigung.“ Das schaltete noch mehr meine Erbitterung an. „Sie sind nachsichtig, Frau Blüthenstern, gegen das Mädchen“, rief ich, „und doch war er stets gut zu Ihrem Kinde.“ „Ja“, sagte sie darauf trocken, „das ist wahr. Gut war sie gegen das Kind, wiewohl sie uns einmal sehr beleidigt und gekränkt hat. Aber das trage ich schon lange nicht nach. Und wie sie sich am Krankenbette meiner Lina benommen hat, das geht über alle Beschreibung. Werden Sie mir dann noch nachsichtig: „Frau Blüthenstern, Sie sind nachsichtig!“ — Und doch... „Neben Sie!“ herrschte ich ihr zu. Denn mich begann diese Frau mit ihrer stählernen Auffassung des traurigen Falles auf äußerste abzustumpfen. Es gibt Momente im Leben — und ein solcher war über mich gekommen — wo man selbst des schärfsten Verstandes milde wird, wenn dahinter nichts liegt als Herzensroheit und Härte. „Warum sind Sie böse auf mich?“ fragte sie. „Was hab' ich Ihnen getan, daß Sie auf einmal die Sprache ändern mit gegenüber? Ueberhaupt, Herr Lehrer, was machen Sie sich ein so gebrochen Herz wegen dieses Mädchens? Ich mein' doch, selbst das größte Mitleid und Erbarmen ist nicht da, daß man es ausschaltet wie einen Sad Erbsen. Im Gegenteil! man muß damit umgehen wie mit einem lebenden Leuch.“ „Das zu beurteilen, Frau Morgenstern“, sagte ich, „ist meine Sache.“ Sie zuckte die Achseln. „Dann verzeihen Sie mir, Herr Lehrer“, meinte sie, „ich habe Ihnen nicht weh tun wollen. Denn Sie sollen gekannt sein vom dritten bis ins tausendste Geschlecht, wie es bei uns heißt. Für alles, was Sie meinem Kinde getan haben. Ich bin Ihre gute Freundin.“ „Ich machte mit der Hand eine abwehrende Bewegung.“ „Tun Sie nicht so, Herr Lehrer!“ rief sie, die tränenfeuchten Augen auf mich richtend, „tun Sie nicht so!... Und meinen Sie nur ja nicht, ich hab' ein Herz wie ein Aischelmal!... Ich kann

nur eines dem Mädchen nicht vergeben, und das müssen Sie mir als einer Mutter schon nachsehen.“ „Neben Sie, Frau Blüthenstern!“ Sie hob sich auf den Fußspitzen auf, wie um größer zu erscheinen. Dabei sprühten ihre Augen, diese sanften, zutraulichen Augen, den Widerschein einer inneren Flamme aus. „Sie hat meinem Kinde ein Unrecht antun wollen!“ rief sie aus leuchtender Brust, so daß sich ihr die Worte nur abgestoßen entzogen. „Sie hat einem unschuldigen Kinde unrecht Gut mitgegeben, in die jenseitige Welt! Das kann ich ihr nicht vergeben, Herr Lehrer, niemals!“ „Stand ich da nicht einer jener dunklen, unsahbaren Mächte gegenüber, die noch immer ununterjocht und unentwegt in unsere Anschauungen hineinragen und sie beherrschen?“ Diese Frau kehrte von einem überkommenen Überglauben... aber ihn, selbst mit Feuer und Flamme, ausrotten wollen, heißt nichts anderes, als ihn verjüngt daraus hervorgehen lassen. Denn keine stiltliche Idee ist unvergänglich... Darum erhob sich eine Stimme zugunsten dieser Frau in mir, und sie klang leise abtönend, daß ich ihr zu folgen beschloß. „Lassen wir das, Frau Blüthenstern“, sagte ich, „verurteilen Sie nicht zu früh. Können wir beide mit Bestimmtheit sagen, wo die Schuld liegt?“ „Das ist ein anderes Kapitel, Herr Lehrer“, rief sie mit einem Triumphton, der mir durchs Herz schnitt; denn sie hatte einen wirklichen Sieg errungen. Wenn Sie mir mit dem Kapitel kommen, dann freilich haben Sie recht. Gott soll Ihnen das heimzahlen, Herr Lehrer! Neben Sie nichts weiter! Da ist jedes Wort wie hinausgeworfen!... Ob ich weiß, wo die Schuld liegt? Müchte ich mich denn nicht vergehen an der, die die meiste Schuld hat? Neben Sie nicht weiter davon!... Aber so wahr ich Frau Blüthenstern heiße, das Mädchen tut mir wehe, sehr wehe! Ich kann's aber nicht ändern.“ „Ich war in tiefster Seele milde. Die Frau verließ mich endlich.“ 8. Juli. „Ich steh heute zu Anfang der deutschen Sprachstunde den bekannten Satz aus dem Evangelium (1. Korinther, Kap. 18) an die Tafel aufschreiben.“ „Wenn ich mit Menschen und mit Engelnungen redete und hätte der Rede nicht, so wäre ich ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle.“ Und als zweites fügte ich den Satz hinzu, der allerdings an einem anderen Platze steht, nach meiner Auffassung aber unmittelbar dem ersten angelehnt zu werden verdient: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet.“ (Fortsetzung folgt.)

Besteht erst 6 Monate nach dem Wegfall des Hindernisses. Die genannten Bestimmungen sind vielen Beteiligten nicht bekannt. Da noch fortgesetzt Kriegsgefangene einreisen und auch bezüglich anderer Personen Hindernisse bestanden haben, die erforderlichen Erklärungen gegenüber den Versicherungsgesellschaften abzugeben, ist die einmütige Beschlussempfehlung des Bundesrats auch gegenwärtig noch für viele von größter Bedeutung. Sie können ohne Rücksicht darauf, daß ihr Gesundheitszustand sich etwas verschlechtert hat, verlangen, daß ihre Lebens- oder Krankenversicherung, sofern sie infolge unverschuldeter Unterlassung ausreichender Beitragszahlung erloschen oder gemindert ist, zu dem alten Umfang wieder hergestellt wird. Im Falle der Wiedererkrankung können allerdings die Versicherungsgesellschaften gewisse Nachzahlungen verlangen, welche in der Regel den rückständigen Prämien gleichkommen. Sie sind im allgemeinen jedoch bereit, diese Nachzahlung ganz oder zu einem großen Teil durch Gewährung von „Police-Darlehen“ zu 5 Proz. verzinslich bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu stunden. Der gestundete Betrag wird dann bei der Auszahlung der Versicherungssumme in Abzug gebracht. Mitunter läßt sich eine Vereinbarung des Inhaltes erzielen, daß die Versicherung ohne Nachzahlung der rückständigen Prämien gegen die Zahlung eines einmaligen Zuschlages und für die Zukunft etwas erhöhter Prämien über die Dauer des Verzuges hinausgeschoben wird in der Weise, daß künftig die Prämie zu zahlen ist, welche zu einem um die Zeit des Zahlungsverzuges höheren Eintrittsalters verpflichtet, und daß für die Vergangenheit der meist nur geringe Unterschied zwischen dieser neuen und früheren Prämie nachgezahlt wird. Von besonderer Bedeutung ist, daß auch die Versicherung der gefallenen oder sonst gestorbenen oder als geisteskrank gemeldeten Personen in der Weise in Kraft gesetzt werden könnte, daß die Versicherungssumme von dem Vertrauensberechtigten angefordert und daß von diesem die oben erwähnte Erklärung abzugeben ist.

Kündigungsanträge zum 1. Juli. Nach immer wird der Mangel an Wohnungen von Monat zu Monat größer und es wird daher immer schwerer, gefällige Mieter unterzubringen. Das Einigungsamt kann daher nur in den allerdringendsten Fällen einer Kündigung zustimmen. Kündigungen wegen persönlicher Differenzen zwischen Vermieter und Mieter oder wegen vertragswidrigen Gebrauchs können überhaupt nur dann zugelassen werden, wenn der Vermieter gleichzeitig die Wohnräume dem Wohnungsnachweis zur Unterbringung eines anderen ordentlichen Mieters zur Verfügung stellt. Aber auch hier kann nur bei triftigen Gründen dem Antrag stattgegeben werden, da die Umzugskosten so geringfügig sind, daß dem Mieter sonst ein Umzug nicht zugemutet werden kann. Es empfiehlt sich jedenfalls, es zunächst mit einem freiwilligen Wohnungsaustausch zu versuchen, der durch die amtliche Austauschstelle des Wohlfahrtsamtes, Zimmer 39, vermittelt wird. Wo ein Antrag auf Kündigung beim Einigungsamt gestellt wird, muß dieses vor dem 15. März erfolgen, wenn das Einigungsamt bis zum dritten Werktage des neuen Quartals die Entscheidung fällen soll. Später eingehende Anträge haben bei der großen Geschäftslast des Einigungsamtes keine Aussicht auf rechtzeitige Erledigung. — Es sei auch darauf hingewiesen, daß das Einigungsamt nicht mehr früher kostenlos tätig sein kann, sondern genötigt ist, in den meisten Fällen für die Bearbeitung der Sache eine Gebühr zu erheben.

Das neue Auslandsporto. Nach Mitteilung von ausländischer Stelle soll das Auslandsporto künftig betragen für gewöhnliche Briefe 1,20 Mark, für Postkarten 80 Pfg., für einfache Drucksachen (1. Gemischtsatz) 30 Pfg. Der Weltverkehr in Madrid hat das Auslandsporto für gewöhnliche Briefe auf 50 Centimes, für Postkarten auf 30 Centimes und für einfache Drucksachen auf 10 Centimes festgelegt. Nach dem amerikanischen Dollarkurs umgerechnet würden diese Sätze in deutschem Gelde für gewöhnliche Briefe 5 Mk., für Postkarten 3 Mk. und für einfache Drucksachen 1 Mk. ausmachen. Bei Paketen und Telegrammen ist eine niedrigere Berechnung der Sätze praktisch nicht möglich. Bei Paketen und Telegrammen erfolgt die Festsetzung der Gebühren nach den Transportgebühren, d. h. die Gebühren setzen sich zusammen aus so vielen Anteilen in Franken, als Länder an der Beförderung beteiligt sind. Die oben genannten neuen Portosätze für Postkarten, Briefe und Drucksachen werden vermutlich gleichzeitig mit dem neuen Inlandsporto in Kraft treten, die noch zur Beratung im Reichstage stehen.

Ein „Heringsslegen“ ereignete sich am Mittwoch vormittag über den Lindensplatz. Dort fuhr ein Auto auf einen mit Perlenküssen beladenen Rollwagen. Die Kissen fielen herab, plakten und zertrümmerten den Rollwagen. Die Kissen fielen herab, plakten und zertrümmerten den Rollwagen. Die Kissen fielen herab, plakten und zertrümmerten den Rollwagen.

Schlutup. Zum Rektor der Schlutupener Volksschule ist für den verstorbenen Rektor Stampa der Mittelschullehrer H. Martens von der St. Lorenz-Mädchen-Mittelschule ernannt worden.

h. Travemünde. Des Hagahamer Heringsslegen. Am Mittwoch hatten Lübecker Fischer in der Lübecker Hoheitsgrenze ihre Netze aufgehoben. Daraufhin wurde der ganze Fang von etwa 8000 Pfund Hering beschnitten und die Ringwade nach Lübeck transportiert.

Angrenzende Gebiete.

Rughaen. Maskierte Räuber. Ein Raubüberfall ist auf das Gehöft eines Landmannes B. in Oberhausen bei Dorum von drei bewaffneten und maskierten Räubern verübt worden. Unter Todesdrohung mit den mitgeführten Waffen wukten sie den Besitzer zur Herausgabe von 100 Mark in Silbergeld und 1000 Mark in Papiergeld zu zwingen, sowie zur Herausgabe wertvoller Uhren und Ketten und sonstiger Wertgegenstände. Die Räuber, die teils Masken trugen, teils völlig geschwärzt waren, sind dann unbehelligt im Dunkel der Nacht entkommen.

Bremerhaven. Wegen Ermordung ihres Ehemannes hatte sich die Ehefrau Ramphausen vor dem Schwurgericht zu verantworten. Sie erhielt wegen Totschlags 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Bei der Strafbemessung wurde vom Gericht berücksichtigt, daß die Angeklagte unter ihrem Mann schwer zu leiden gehabt hat, andererseits war aber die Tat eine äußerst rohe.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung auf Spittel! Das Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften in Düsseldorf macht darauf aufmerksam, daß Reichswehr- und Ortschafts-Offiziere als Arbeiter in Betrieben eingestellt worden sind, die die Aufgabe haben, die Arbeiterschaft zu belästigen und das Material ihrer Formationen, mit denen sie in Verbindung stehen, zu übermitteln. In Bismarck wurden in voriger Woche wieder zwei Offiziere entlarvt, die sogar in der gewerkschaftlichen Organisation und in der Partei schon Eingang gefunden hatten. In Elberfeld ist in voriger Woche wieder eine hanebüchene Abteilung der Ortschafts-Offiziere, die von dort auf die Betriebe der Umgebung verteilt werden soll. Auch in den Reihen der Arbeitslosen haben die Ortschafts-Offiziere schon sich einzuschleichen. Vor 14 Tagen meldete sich in Solingen jemand arbeitslos, von dem festgestellt, daß er noch vor kurzer Zeit in Düsseldorf auf der Straße verhaftet, also als „Sippenjungfer“ — An der Wachsamkeit der Arbeiterschaft werden die „sauberen“ Pläne dieses Lumpengefindels scheitern.

Reich und Ausland.

15 Millionen Kronen für einen Schreibisch Napoleons. Am Palais Ralfsky in Wien fand dieser Tage eine Versteigerung aus dem Nachlaß des Grafen Janos Ralfsky statt, bei der auch der Schreibisch Napoleons, auf dem er seine Abdankungsurkunde schrieb, öffentlich preisgeboten wurde. Der Ausrufpreis betrug vier Millionen Kronen. Der Schreibisch wurde schließlich, nachdem ein französischer Liebhaber 12 Millionen geboten hatte, von Baron Reikes für 15 Millionen Kronen erworben.

Im Schlaf von Zwillingen befreit. In dem in der Nähe von Roubois gelegenen französischen Städtchen Cannon lag eine 34jährige Frau seit Monaten an der Schlafkrankheit darnieder, und der Arzt befürchtete, die Frau würde nicht mehr aus dem Schlaf ermahnen. Zu aller Ueberraschung wurde die Frau gerade im kritischen Augenblick der Krankheit von einem Zwillingpaar erlöst, wobei sie aus dem Starrkrampf erwachte und sich leblich wohl befand, während die Neugeborenen die Rolle der Mutter weiterführten und in ihrem Rorbe friedlich schliefen. Mutter und Kinder befinden sich im übrigen wohl, und man hat alle Hoffnung, die Frau bald völlig hergestellt zu sehen.

Emigranten. Nach Angaben des Leiters der Flüchtlingsabteilung in Konstantinopel verteilen sich die russischen Flüchtlinge in verschiedenen Ländern folgendermaßen: Im Gebiet von Konstantinopel (einschließlich Gallipoli und die Insel Lemnos) 90 000. In Bulgarien etwa 7000. In Serbien 81 525. In Rumänien 2000. In Griechenland 1742. In Mierita 4535. In Deutschland 80 000. In England 15 000. In Oesterreich 8000. In Finnland etwa 15 000. In Estland 9577. In Frankreich außer Viseira 15 000. In Italien 20 000. In Schweden 10 000. In der Schweiz 4000. In der Tschechoslowakei 8000. In Polen 100 000. In Litauen 8000. In Lettland 8700. Das sind im ganzen 774 929, eine Ziffer, die sehr unvollständig sein dürfte, da sich die Zahl der russischen Flüchtlinge statistisch kaum erfassen läßt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß Deutschland als Gastgeber bei weitem an erster Stelle steht.

Ein Dampfer mit 800 Chinesen gesunken. Nach einem Telegramm aus Hongkong ist der chinesische Dampfer „Gang Moh“ an der chinesischen Küste untergegangen. Von den 1100 Chinesen,

die sich an Bord des Schiffes befanden, konnten nur 248 gerettet werden, die anderen 852 Personen sind nach einer furchtbaren Panik ertrunken.

Handel und Industrie.

Das Königreich Stinnes. Herr Hugo Stinnes breitet seine Herrschaft über die deutsche Wirtschaft immer weiter aus. In jüngster Zeit ist es ihm gelungen, eines der bedeutendsten Handelsunternehmen Ostpreußens unter seine Kontrolle zu bringen. Er hat die Ostpreußische Maschinenfabrikation m. b. H. übernommen. In der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ schildert Freiherr von Gahl den Umfang, den das Stinnesreich in Ostpreußen heute schon einnimmt, in folgender Weise: Stinnes besitzt heute oder besser: beherrscht sämtliche Zellulosefabriken Ostpreußens einschließlich des Memellandes. Damit ist er der Hauptabnehmer von Papierholz geworden, dessen Preise er zu bestimmen beginnt. Er beherrscht die Kohlenimportgesellschaft und bereitet seine Monopolstellung auf dem Kohlenmarkt vor. Er beginnt den Vertrieb künstlichen Düngers in Ostpreußen. Überall hat er sich in fertige oder entwicklungsfähige, bisher selbständige Unternehmen hineingesetzt. Nun soll die Maschinenfabrikation mit ihren Maschinen, ihrem eingespielten Apparat und dem weiten Kundenkreis an ihn übergehen, damit er eine beherrschende Stellung auch auf diesem Gebiet haben kann. Kohlen, Düngemittel und Maschinen mit Betriebsstoffen sind die der ostpreußischen Landwirtschaft unentbehrlichen Massen Güter. Von ihrem Preise hängen nicht zum wenigsten die landwirtschaftlichen Produktionskosten ab. Das ist die Zwangslage der Entwicklung, der die ostpreußische Landwirtschaft unterliegen muß, wenn nicht Selbsthilfe der beteiligten Kreise einen Riegel vorschiebt in Gestalt genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Erzeuger und Verbraucher. Die Klucht der Maschinenfabrikation aus den Reihen der Selbsthilfsorganisationen hat die Mühe gerissen, durch die zwangsläufig der Stinneskonglomerat gegen das Genossenschaftswesen vorgehen muß. Herr Stinnes wird schließlich auch in Ostpreußen den Kampf gegen die Genossenschaften aufnehmen, bis auch sie sich blendbar seinem Konzern einfügen. — Walter Rathenau hat kürzlich gesagt, daß in absehbarer Zeit zehn bis zwölf industrielle Herzogtümer sich in den Besitz der deutschen Wirtschaft teilen werden. Das Reich, das Hugo Stinnes aufzichtet, kann schon mehr mit einem Anlauf in die Welt hinausgeraten werden. Seine ergiebigste Quelle liegt in Rheinland-Westfalen. Ostpreußen ist aber jetzt schon eine seiner besten Provinzen. Die Konzentration in Produktion und Handel mag betriebstechnisch einen Fortschritt darstellen. In der kapitalistischen Wirtschaft schließt sie aber um in die immer weiter anwachsende Verflavung des Proletariats.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 9. März.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		9. März.	8. März.
Holland	100 fl.	2217/4	2182 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1085	1050
Stockholm	100 Kr.	1440	1407 1/2
Kristiania	100 Kr.	1082 1/2	992 1/2
Helsingfors	100 Finn. Mk.	183 1/2	180
Schweiz	100 Frs.	1087 1/2	1052 1/2
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	18 1/2	18
Budapest	100 K.	88 1/2	80 1/2
Prag	100 K.	92 1/2	87 1/2
Spanien	100 Pesetas	26 1/2	24 1/2
London	1 £	457	452
Paris	100 Frs.	476	470
Belgien	100 Frs.	240	235
Italien	100 Lire	—	—
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York (telegr. Ausz.)	1 Doll.	84 1/2	82 1/2
do. (briefl. Ausz. od. Scheck)		64 1/2	62 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Stb.
Angelommen am 9. März 1921.							
D.	S.	Frieda	Doß	Ostarkham	8		
D.	S.	Helene	Lütgens	Burg	1		
D.	S.	Miquitt	Grahl	Kiel	1		
D.	S.	R. W. 28	Henningsen	Kiel	1		
D.	S.	Möbe	Röpte	Helsingborg	2		
D.	S.	R. W. 96	Ernst	Helsingborg	2		
D.	S.	Leontina	Wierock	Hilbova	7 1/2		
Angelommen am 10. März 1921.							
D.	S.	Hansa	Apfel	Stockholm	8		

Theater und Musik.

Der Chorverein Lübeck, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Chorverbundes, gab Dienstag abend im Gewerkschaftshaus eine Konzerte, das erfreulicherweise Massenbezug aufzuweisen hatte. Da der Eintrittspreis, trotz Berücksichtigung der starken Entwertung des Geldes, verhältnismäßig gering bemessen war, dürfte die erzielte Einnahme kaum hinreichen, die außerordentlich hohen Ausgaben davon allein zu bestreiten. Der Ausgleich dürfte wohl erst bei einer Wiederholung des Konzertes, die ich wenigstens beifürworten, gefunden werden. Aber sich des Arbeiterganges erinnernd, wie er nach nur zwei Jahrzehnten mühsam nach Geltung rang, wird die Aufwärtsentwicklung mit Genugtuung begrüßen. Mit voller Behmut gedente ich noch der Schwierigkeiten, die mir 1900 entgegenwirkten, als ich als Leiter des Komitees für den Lübecker Partireitag erstmals den Versuch wagte, aus den zahlreichen kleinen Vereinen, in die damals der Arbeiterchor zu seinem eigenen Schaden zerstückelt war, durch Zusammenfassung der besten Sänger aus den verschiedenen Vereinen einen größeren Chor zusammenzustellen, um für einen ganz bestimmten Zweck mit einem großen Chorchor herzutreten zu können. Kein Versuch ist damals ganz schmachlich gescheitert. Alle Worte der Ueberredung verfliegen nicht. Es kam sogar zu starken Dissonanzen, die nur schwer zu überwinden waren. Inzwischen hat erfreulicherweise die beste Frucht und die Macht der Tatsachen abgefligt. Lübeck verfügt heute im Chorverein über einen Arbeiter-Chorchor, der sich auch an größere Aufgaben heranwagen darf. Das Konzert am Dienstag war der beste Beweis dafür; es legte beides Zeugnis von der Leistungsfähigkeit des Chorvereins ab. Der Chorleiter Sula nke tat sein Möglichstes, um die einzelnen Chöre zum Erfolg zu führen, und fand auch bei den Sängern weitgehendes Gegenkommen. Hier und da fehlte allerdings den einzelnen Gesangsvorträgen noch jener letzte Akzent, der sie erst völlig eigenartig erscheinen läßt. Der prächtige Priesterchor aus Mozarts „Zauberflöte“ (Inhalt prangt, den Worten zu verfluchen) kann dafür als Beweis dienen. Dieser Chor zum Licht bedarf noch mancher Retouche in den einzelnen Stimmen, um edle, weichenvolle Stimmung zu erzeugen. Dem Haleschen Rinnelied, das der deutsche Druckfehlerhobol zum „Wiener Lied“ getempelt hatte, fehlte es an Leichtigkeit und Süße im Ton. In Mozarts „Wiederkehr“ war in der ersten Strophe ein hartes Schwanken und eine große Unklarheit festzustellen. Erst von der zweiten Strophe ab hatte der Männerchor sich selbst gefunden, und das Lied des alten Wandersänger Pöten in Mozarts Vertonung wurde köstlich locker prächtig zu Gehör gebracht. Im zweiten Teile sang der Männerchor „Wie ich in Lieb und Lust“ von Wilhelm Geis, der Chor der beinahelebenden Bilder aus Mozarts „Lampenfänger“ — hier zeigte sich der Chor seiner Anwandlung nicht gewachsen, er hatte sich damit eine zu schwere Last auf den Schultern geladen, die er nicht zu tragen vermochte.

hören so gut gefiel, daß er auf kühnliches Verlangen wiederholt werden mußte. Den Frauendorf, der eine noch verhältnismäßig junge Schöpfung ist, wird der Chorleiter allerdings in weit strengere Zucht nehmen müssen, damit er seinen Aufgaben künftig gewachsen ist. Besonders wird er den Uebereifer einiger Damen dämpfen und ihren Stimmen eine höhere Polier geben müssen. So konnte es kommen, daß Uihmanns „Im Frühling“ durch vorzeitiges Einsetzen regelrecht verpöht wurde. Weit mehr schon zeigte sich der Frauendorf in Uihmanns „Der Arbeit Lied“, in Fleischners „Vogelneisten“, in Trofes „Erster Verlust“ und „Gebrauch“ sowie in Uihmanns „Der Freiheit Marienritt“ billigen Ansprüchen gemachten. Der Barzole aus Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“ fehlte die Zartheit und Weichheit im Ausdruck und überdies jenes milde, holde Tempo der wiegenden Bewegung, die vor allem dieses venezianische Gondellied zu einem wahren Ohrschmaus macht. Als Solist war für das Konzert Herr Josef Immen dorf vom Stadttheater gewonnen worden. In richtiger Erkenntnis der Wirkung lang er zunächst die Romanze für Bass aus Meyerbeers heute längst vergessener Oper „Nordstern“ und danach erst Bergers „Bergnacht, mit deinem Walbeszauber“. Ganz besonders mit diesem Liebeserfolg sich Kimmendorf einen so starken Erfolg, daß er auf allezeitiges kühnliches Verlangen dasselbe wiederholen mußte. Soweit eine Begleitung am Flügel bei allen diesen Gesängen sich notwendig machte, führte sie Herr Konzertmeister A n d e r m a n n in angemessener Weise aus.

Seinen Gipfel fand das Konzert in Ernst Giffärs großem Chorwerk mit Orchester „Die Hellschneit“, d. h. „Die Hund der thändigen“. Die Dichtung rührt von Karl Weiser her, der kurz vor dem Kriege als Oberregisseur des Hoftheaters in Weimar verstorben ist. Weiser war nicht nur ein hochbegabter und erfolgreicher Schauspieler, der einstens lange in Karlsruhe, Hamburg, Weiningen, Weimar und noch einigen anderen Städten tätig gewesen ist, sondern auch ein Dichter von vielen Graden. Ich verweise nur auf seine vierteilige große dramatische Dichtung „Jesus“ (bei Reclam erschienen), in der er den außerordentlich schmerzlichen Versuch macht, das ereignisreiche Leben des Nazareners Jüdemermanns dramatisch zu gestalten. Weiser war der Gesinnung nach Sozialdemokrat. Schon Anfang der sechziger Jahre wurde er dem Sozialismus in Chemnitz angezogen. Er ist unseres Wissens der erste deutsche Schauspieler gewesen, der — unbekümmert um die Gefahren, denen er sich dadurch aussetzte — von sich aus versuchte, das geistige Leben in den Arbeitervereinen zu beleben, indem er sich als Regisseur usw. zur Verfügung stellte. Er hat wegen seiner sozialistischen Gesinnung, aus der er nie ein Schritt zurücktrat, in den drei letzten Jahrzehnten des vorletzten Jahrhunderts war das nicht ganz ungeschicklich — mancherlei Anfechtung und Anfechtung erdulden müssen. Trotzdem ist er keiner Ueberzeugung niemals untreu geworden. Als Mensch und Künstler gleich groß, ist es ihm sogar gelungen, sich trotz alledem durchzusetzen und die höchsten Stufen in seinem börsenmollen Berufe zu erklimmen. Die Hund der thändigen“ hat sozialistische Ziele

voll. Sie sind der gemaltige Sehnsuchtschrei des gequälten Arbeitsvolkes, mit dem Schutt und Moder der alten Zeit, die den Arbeiter nur als Sklaven im Maschinenaal, in der Schmelze, im Stahlwerk, im Landbau wertete und auch den Mann des Geistes, den Dichter, in ihr Joch zu spannen versuchte, aufzuräumen, die Tyrannei zu zerbrechen und einen Tempel des Rechts zu errichten, „auf dessen Höhe der Liebe Tugenden wehen und der Brüderlichkeit“. Zu diesem Kampfgesang nun hat der österreichische Komponist Giffärs eine Musik geschrieben, die sich der Weiserischen Dichtung auf das Beste anpaßt. Was Weiser gedichtet, hat Giffärs in eine Musik gesetzt, die plastisch malt. Du hörst die Maschine ihr ehernes Lied dröhnen, hörst die Spindel tanzen, die Schifflein in der Weberei ihr säuerndes Lied singen, hörst das Rachen der Glühkammer, das Gedröhn auf den Tenen vom Weberschlag. Das alles hörst du in der Musik und noch vieles andere mehr. Aber Giffärs erschöpft sich nicht in einfacher musikalischer Unternehmung der Dichtung. Er tut ein Mehreres: seine Musik ist nicht Diener und Sklave der Dichtung, sondern ihr Herr und Meister. Sie ist ein einzig großer Hymnus auf den Befreiungskampf der Arbeit, ohne darum schon Tendenz zu sein. Weiser hat in Giffärs einen musikalischen Ausdeuter seiner Kampfdichtung gefunden, wie er ihn sich nicht besser wünschen konnte. Als ich 1913 im Volkshaus zu Jena gelegentlich des Parteitages Weiser-Giffärs Chorwerk zum allerersten Male von den Senner Arbeiterjüngern vorgetragen hörte, habe ich einen gewaltigen Eindruck davon erhalten, ein Eindruck, der sich bei der Wiederholung durch den Chorverein trotz mancher Mängel nur noch verstärkt hat. Im allgemeinen darf ich sogar sagen, daß der Chorverein sich mit der schwierigen Aufgabe, die er sich gestellt hatte, verhältnismäßig gut abgefunden hat. Durch kleinliche Missetat und Bedemerei würde ich das ehrliche Ringen und Streben der Lübecker Arbeiterjünger schlecht lohnen. Bei der Wiedergabe so großer Chorwerke wird immer ein Reiz empfänglich zu tragen sein. Im großen und ganzen kann ehrlicherweise dem Chorverein das Zeugnis nicht vorenthalten werden, daß er sich zum ausgezeichneten Dolmetscher der Giffärschen Musik gemacht hatte. Das Baritonolo, das jeden Teil einleitet, worauf dann der Chor stets mit dem aus der jeweiligen Situation gebenden Kampfspruch antwortet, lang Herr Immen dorf mit bestem Gesingen, wie auch das 45. Nummer starke Orchester seinerlebens-darff-Sorge trug, daß Giffärs Musik nicht zu kurz kam. Herr R. Sula nke leitete den großen Apparat, bestehend aus Orchester und Sängern, mit großer Hingabe an das weitgesteckte Ziel. Mit der Partitur hatte er sich auf das Innigste vertraut gemacht. Er und wieder wäre mir allerdings eine noch schärfere Betonung des Karibikaffers des ganzen Chorwerkes angedrückt erschienen. In großen, goldenen Lettern sollte über diesem Hymnus der Arbeit das Motto stehen: „Brüder, Freiheitsgesang! Nebenbei soll nicht unerwähnt bleiben, daß das Orchester das Konzert mit der Ouvertüre zu Schuberts „Mozart“ einleitete; sie wurde ebenfalls, wie prächtig gespielt.